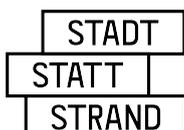

EVALUATION BERLINER PROJEKTFONDS URBANE PRAXIS (BPUP)

28.03.2024

Eingereicht durch:



Kreativer Umgang
mit urbanem Raum.

HIDDEN INSTITUTE
AKTIONSFORSCHUNG FÜR ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

oo

Stadt ist für uns ein konstanter Aushandlungsprozess zwischen diversen Akteuren und Nutzer:innen von Raum. Diese gestalten die dynamische Entwicklung von Stadträumen in komplexen Prozessen.

Der Projektfonds Urbane Praxis macht Berlins öffentliche Stadträume offener, nutzbarer und erlebbarer für und durch diverse Akteure und Nutzer:innen.

Unsere Evaluation der bisherigen Aktivitäten des Projektfonds fördert seine Weiterentwicklung als Instrument für die gemeinsame Gestaltung einer resilienten und nachhaltigen Stadtgesellschaft.

01 AUSGANGSLAGE

DER BERLINER PROJEKTFONDS
URBANE PRAXIS

02 METHODE

INTERPRETATIVE EVALUATION

03 AUSWERTUNG

FRAGEBÖGEN UND INTERVIEWS

04 BEWERTUNG

WIRKUNG AUF STÄDTISCHER EBENE

05 HANDLUNGSANREGUNGEN

WIRKUNG SKALIEREN

01 AUSGANGSLAGE DER BERLINER PROJEKTFONDS URBANE PRAXIS

“Urbane Praxis denkt Orte neu, schafft Raum für Formen gemeinsamen Handelns und begreift diese Form als künstlerische Gestaltungsaufgabe.”

Aus der Präambel der Förderrichtlinie Berliner Projektfonds Urbane Praxis

Der Berliner Projektfonds Urbane Praxis (BPUP) wurde im Jahr 2021 im Zuge des DRAUSSENSTADT Programms von der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt eingerichtet. Über den BPUP werden interdisziplinäre Projekte gefördert, die sich an der Schnittstelle von Stadtentwicklung, Kunst und Kultur bewegen. Dazu gehören Projekte, die an besonderen Orten der Stadt stattfinden, z.B. auf Spielplätzen, Friedhöfen, Parkdecks, Schwimmbädern, etc. sowie Projekte, die außergewöhnliche Formate ausprobieren, wie zum Beispiel ein Riesenspielbrett mitten auf der Straße, eine Performance auf einem Floß auf dem Wasser oder eine partizipative Nachbarschaftsoper.

Ziel des BPUP ist es, mithilfe von Kunst und Kultur eine solidarischere Stadtgesellschaft zu fördern sowie neue als auch bereits bestehende Partner:innenschaften zu verfestigen. Die Projekte sollen Stadt anders denken, Orte kreativ umnutzen und neue Perspektiven auf Stadtentwicklung aufzeigen. Der Fokus der Förderung liegt dabei auf Projekten, die Nachbarschaften miteinbeziehen und gemeinwohlorientiert ausgerichtet sind. Dabei wird auf eine stadtweit möglichst ausgewogene Verteilung geförderter Vorhaben sowie auf eine möglichst breite Abbildung der Diversität der Stadtgesellschaft geachtet. Innovative und spartenübergreifende Ansätze finden besondere Berücksichtigung. Der BPUP soll schnelle Unterstützung für Vorhaben bieten, die kurzfristig im Stadtraum Wirksamkeit erreichen. Zugleich hat er aber auch einen strukturbildenden Effekt, der eine längerfristige Perspektive benötigt, um sich nachhaltig auf die Berliner Stadtgesellschaft auswirken zu können.

Im Jahr 2023 wurde der Projektfonds mit einem jährlichen Gesamtvolumen von 1,2 Mio. € zum dritten Mal in Folge ausgeschrieben. Allein im Jahr 2023 sind 326 Anträge eingegangen, von denen rund 28 Stück durch eine siebenköpfige Jury ausgewählt wurden. Insgesamt wurden seit der Entstehung rund 32 interdisziplinäre Projekte im Stadtraum gefördert und realisiert.¹ Die vorliegende Evaluation stellt die Frage nach der Wirkung des BPUP und den geförderten Projekten im städtischen Kontext. Aspekte wie ressortübergreifende Zusammenarbeit, Diversität und Zugangsbarrieren finden dabei eine besondere Berücksichtigung.

¹ vgl.: <https://www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/projekte/>

02 METHODE

INTERPRETATIVE EVALUATION

Die Evaluationsmethode orientiert sich am sozialwissenschaftlichen Ansatz einer interpretativen Evaluation. Ziel der Evaluation ist es, die Arbeit des BPUP im Zeitraum von 2021 bis 2023 anhand von qualitativen Bewertungskategorien (-> Bewertung der Wirkungen) zu beurteilen und Handlungsanregungen für den BPUP zu erarbeiten, wie positive Wirkungen in Zukunft ausgebaut werden können. Dabei sei angemerkt, dass der rund dreimonatige Bearbeitungszeitraum knapp bemessen war, um ein so komplexes Förderprogramm wie den BPUP eingehend zu untersuchen. Auf Grundlage des im Evaluationszeitraum erhobenen Materials können viele Wirkungen nur begrenzt beurteilt werden. Eine weitergehende Bewertung und Verifizierung von Wirkungsweisen würde ein umfassenderes Forschungsdesign erfordern, was im Rahmen der vorliegenden Evaluation nicht umgesetzt werden konnte. Im Folgenden werden die Bearbeitungsschritte der vorliegenden Evaluation dargelegt.

Zunächst wurde eine Desktop-Recherche umgesetzt und verschiedene Studien mit Bezug zum BPUP gesichtet. Dies umfasst vor allem Materialien, die vom BPUP zur Verfügung gestellt wurden, wie die Übersicht der geförderten Projekte, Antragsformulare und Mustervorlagen. Außerdem wurden vorbereitende Hintergrundgespräche mit Personen durchgeführt, die bei der Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung als Auftraggebende Organisation (AG) für die Umsetzung des BPUP zuständig sind und externen Personen, die mit dem BPUP zusammenarbeiten (insgesamt sieben Personen).

In Folge wurde der Untersuchungsgegenstand in Abstimmung mit dem AG eingegrenzt auf den BPUP-Fördertopf mitsamt der Förderkriterien (ohne weitere Aktivitäten der Geschäftsstelle des BPUP, z.B. im Rahmen von DRAUSSENSTADT) sowie die Struktur und Arbeit der Geschäftsstelle (inkl. der angebotenen Beratungsgespräche, Workshops, Webseiten, Runde Tische mit Bezirken etc.). Des Weiteren erfolgte eine Schärfung der Ziele der Evaluation, wonach es primär um die Analyse von Wirkungen des BPUP in Bezug auf Diversität, Zugangsbarrieren zu Fördermitteln und Stadtraum sowie Vorschläge zur möglichen Verbesserung des BPUP geht. Beleuchtet wird dabei vor allem die städtische Governance-Ebene der Urbanen Praxis, d.h. das Zusammenspiel der beteiligten Akteure in Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft, und inwiefern sich die Arbeit des BPUP darauf auswirkt. Zu diesem Zweck wurden die Begriffe "Diversität" und "Zugang" auf Grundlage der Arbeit des BPUP diskutiert und die Bewertungskriterien festgelegt (-> Bewertung der Wirkungen). Dies wurde in Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem AG durchgeführt. Diese Aspekte müssten aber eher auf der Ebene der Projekte untersucht werden.

Auf Grundlage der Erkenntnisse aus den zuvor beschriebenen Untersuchungsschritten wurde eine Online-Fragebogen in Abstimmung mit dem AG erarbeitet (siehe Anhang). Der Fragebogen wurde von externen Personen mit Expertise in Bezug auf die Arbeit und den Kontext des BPUP inhaltlich getestet und entsprechend angepasst. Die finale Version wurde an folgende Personengruppen per E-Mail versandt, die zusammen mit dem AG als relevant identifiziert wurden: Mitarbeiter:innen der Berliner Bezirksämter und Akteure aus der

Zivilgesellschaft, die mit dem BPUP zusammenarbeiten oder zumindest bei ihrer Arbeit mit dem BPUP und/oder vom BPUP geförderten Projekten befasst waren. Dazu zählen auch die Stellen der Sozialraumorientierten Planungscoordination. Außerdem wurden die Mitglieder der Jury des BPUP angefragt, die über die Auswahl der geförderten Projekte mitentscheiden. Insgesamt haben dreizehn Personen den Fragebogen ausgefüllt.

Neben den Online-Fragebögen wurden zur Vertiefung leitfadengestützte Telefoninterviews auf Grundlage eines Fragenkatalogs durchgeführt (siehe Anhang). Insgesamt wurden acht Personen aus Zivilgesellschaft (Jury des BPUP, Netzwerkstelle) und Verwaltung (beteiligte Senatsbehörden und Bezirksämter) interviewt, die im Rahmen ihrer Arbeit mit dem BPUP befasst sind und/oder Berührungspunkte haben. Von den Telefoninterviews wurden Audioaufnahmen erstellt, die teilweise transkribiert und selektiv paraphrasiert wurden.

Die mittels der Telefoninterviews erhobenen Daten wurden zwecks Auswertung codiert und geclustert sowie mit den Ergebnissen der Online-Befragung abgeglichen und ergänzt (-> Auswertung der erhobenen Daten). Dabei wurden auch Vorschläge der Befragten zur Verbesserung der Arbeit des BPUP mit aufgenommen. Beides wurde mit den Interviewpartner:innen rückgekoppelt und Feedback eingeholt. Die Auswertung bildet die Grundlage zur Bewertung der Arbeit des BPUP anhand der im Vorfeld mit dem AG abgestimmten Bewertungskriterien (-> Bewertung der Wirkungen). In einem weiteren Reflexionsschritt wurden Handlungsanregungen abgeleitet, um die Arbeit des BPUP in Zukunft zu verbessern (-> Handlungsanregungen).

Es sei angemerkt, dass die Arbeit der Geschäftsstelle des BPUP neben dem Förderfonds BPUP weitere Fördermaßnahmen umfasst (DRAUSSENSTADT Call for Action; Modellflächen im Rahmen des DRAUSSENSTADT Programms (2021); Modellfläche TXL (2023)). Wie sich gezeigt hat, ist es nicht für alle Befragten möglich, diese Tätigkeitsfelder klar zu trennen. Daher beziehen sich die Aussagen der Befragten teilweise auf verschiedene Tätigkeitsbereiche und Förderformate der Geschäftsstelle BPUP. Daraus ergibt sich eine Unschärfe in Bezug auf die Auswertung der erhobenen Daten. Außerdem haben viele der Interviewpartner:innen (IP) darauf hingewiesen, dass sie die Wirkungen des BPUP in Bezug auf die Diversität von Nutzer:innen und Veranstalter:innen sowie in Bezug auf die Zugänglichkeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Stadtraum und zu den Fördermitteln nur bedingt einschätzen können, da sie diesbezüglich kaum Einblick haben.

Zur weitergehenden Verifizierung der vorliegenden Ergebnisse für die Governance-Ebene wären ergänzende Evaluationsmaßnahmen notwendig. Dazu zählen vor allem weitere Rückkopplungsschleifen und ergänzende Interviews, unter anderem mit Vertreter:innen des BPUP. Zur Präzisierung der vorliegenden Handlungsanregungen wäre aus unserer Sicht ein Workshop geeignet, an dem die befragten Akteure und Vertreter:innen des BPUP teilnehmen. Sollte es in Zukunft die Absicht geben, die Wirkungen des BPUP weitergehend zu untersuchen und den Fokus verstärkt auf die Ebene der Projekte und der Stadtteile zu richten, wären Interviews unter anderem mit Antragstellenden, Projektverantwortlichen und Anlieger:innen ratsam. Außerdem könnten sich durch Beobachtungen vor Ort, die beobachtende Begleitung von Projekten sowie der Arbeit des BPUP weitere wichtige Erkenntnisse auf allen drei genannten Betrachtungsebenen gewinnen lassen. Diese Maßnahmen ließen sich im Rahmen der vorliegenden Evaluation und angesichts der zur Verfügung stehenden Ressourcen allerdings nicht umsetzen.

03 AUSWERTUNG

FRAGEBÖGEN UND INTERVIEWS

Die Auswertung basiert auf den geführten Interviews und der Online-Befragung. Dementsprechend geben sie die Sichtweisen der Interviewpartner:innen (IP) und der Teilnehmenden der Online-Befragung wieder. Dies gilt auch für die aufgeführten Maßnahmen. Insgesamt wurden vielseitige Aspekte und Vorschlägen zusammengetragen, die zum Teil in die von uns erarbeiteten -> Handlungsanregungen eingeflossen sind.

A) Zusammenarbeit verschiedener Akteure

A1 Ressortübergreifende Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Senatsbehörden

- Ressortübergreifende Zusammenarbeit sei ein wichtiger Handlungsansatz seitens der Senatsverwaltung, um Berlin als lebenswerte Stadt zu gestalten und Zukunftsaufgaben der Stadtentwicklung effektiv zu bewältigen, denn ressortübergreifende Zusammenarbeit fördere den **Erfahrungsaustausch** zwischen den Ressorts – etwa in Bezug auf **effektive Problemlösungen** oder die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren – sowie das **Finden von neuen, gemeinsamen Lösungen**. Ressortübergreifendes Handeln sei in vielen Bereichen allerdings noch nicht sehr ausgeprägt, da die jeweiligen Ressorts noch zu sehr in Silos agierten und sich zu wenig austauschten. Ein IP merkt an, dass mitunter auch Konkurrenzdenken zwischen verschiedenen Ressorts und häufiger Personalwechsel einen produktiven und vertrauensvollen Austausch zwischen den Mitarbeitenden hemmen.
- Vor allem die in den jeweiligen Ressorts für den BPUP zuständigen Fachreferent:innen der drei beteiligten Ressorts Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SenKultGZ), Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenStadt) sowie Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) arbeiteten in Bezug auf das Themenfeld Urbanen Praxis seit dessen Einrichtung intensiver zusammen. Daraus sei eine **vertrauensvolle und produktive Zusammenarbeit** entstanden. Zwei IP erläutern, dass die Fachreferent:innen untereinander Erfahrungen austauschen und darauf aufbauend mit weiteren Akteuren Allianzen zum Erreichen von gemeinsamen Zielen bilden können. Dadurch würde sowohl die Arbeit der Mitarbeitenden in den einzelnen Ressorts zum Erreichen der **ressortspezifischen Ziele** unterstützt, wie auch die **ressortübergreifende Gestaltung Berlins als lebenswerte Stadt** begünstigt.
- Ein IP hebt hervor, dass die **Finanzierung des BPUP** durch SenKultGZ und die Finanzierung der Netzwerkstelle Urbane Praxis durch SenStadt erheblich zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit beiträgt, da aufgrund dieser

„**Doppelstruktur**“ die Urbane Praxis in Berlin bei zwei Senatsbehörden fest verankert ist.

- Ressortübergreifende Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Senatsverwaltungen sei aufgrund des Charakters der vom BPUP geförderten Projekte notwendig. Da sie im Stadtraum stattfinden und in vielen Fällen Themen der Stadtentwicklung mit künstlerischen und kulturellen Mittel adressieren, betreffen sie **Zuständigkeitsbereiche mehrerer Ressorts**.

A2 Zusammenarbeit zwischen BPUP und Verwaltung (beteiligte Senatsbehörden und Bezirksebene)

- Dass der BPUP unter dem Dach der **Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung** agiert, wirke laut eines IP vertrauensbildend seitens der Verwaltung, denn die Stiftung wird als **verlässlicher Akteur mit hoher Kompetenz vor allem im Kulturbereich** wahrgenommen.
- Ein IP merkt an, dass der **BPUP für Politik und Verwaltung kaum sichtbar** sei. Daher müsse die Sichtbarkeit des BPUP sowohl gegenüber der Senatsverwaltung wie auch den Bezirken erhöht werden, um mehr Wertschätzung für dessen Arbeit und der geförderten Projekte zu erlangen.
- Mehrere IP benennen Defizite beim Austausch des BPUP mit der Bezirksebene. Dass es vom BPUP organisierte Vorgespräche zur Umsetzung von geförderten Projekten und Treffen in größerer Runde mit Mitarbeiter:innen der Bezirke gibt, wird begrüßt. Allerdings seien Umfang und Struktur der **Kommunikation zwischen BPUP, Bezirken und den geförderten Projekten noch nicht ausreichend**, um die vielen Genehmigungsanträge bezirksintern vorzubereiten, sie zeitnah zu bearbeiten und den damit zusammenhängenden Arbeitsaufwand effizient zu bewältigen.
- In diesem Zusammenhang wird auch bemängelt, dass Antragstellende mitunter davon ausgingen, dass mit der Bewilligung einer finanziellen Projektförderung auch die Genehmigung der Projekte sichergestellt sei, was dazu führen könne, dass **Genehmigungsanträge erst sehr spät gestellt** würden.
- Seitens der **Bezirke** wird des Weiteren kritisiert, dass sie **nicht in den Gremien des BPUP vertreten** seien, weder auf Arbeitsebene noch auf politischer Ebene. Außerdem seien die Bezirke bei der Konzeption des BPUP nicht eingebunden worden. Insgesamt herrsche daher seitens der Bezirke der Eindruck vor, dass es sich bei BPUP um ein “Senatsprojekt” handelt, das den Bezirken gewissermaßen aufgedrückt würde.
- Ein IP merkt an, dass die stärkere **Einbindung der Bezirke**, etwa in die Gremienarbeit, zwar wünschenswert ist, ihnen aber **die notwendigen Mittel fehlten**, um dies personell abzudecken.
- Ein IP sieht in der stärkeren **Einbindung der bezirklichen Kulturämter** einen vielversprechenden Ansatz, um innerhalb der Bezirksverwaltungen neue Allianzen sowie mehr Wertschätzung für die Urbane Praxis im Allgemeinen und die Arbeit des BPUP zu schaffen.
- Ein IP merkt an, dass gerade in den ersten beiden Jahren der Laufzeit des BPUP sehr viel **mit den Bezirken hinsichtlich Genehmigungsverfahren gearbeitet** wurde, was auch zukünftig weiterverfolgt werden solle.

Vorgeschlagene Maßnahmen der Befragten

Zusammenarbeit mit Senatsebene und den Bezirken

Zusammenarbeit mit den Senatsressorts

- Der **Beirat** sei ein wichtiges Gremium zur Abstimmung zwischen BPUP, den beteiligten Ressorts der Senatsverwaltung (SenKultGZ, SenStadt, SenMVKU) sowie zivilgesellschaftlichen Expert:innen und **müsse seine Arbeit fortführen**.
- Ein IP regt an, dass im **Beirat** seitens der Senatsverwaltung statt der jeweiligen Staatssekretär:innen **Personen der mittleren Managementebene** (z.B. Abteilungsleiter:innen) vertreten sein sollten, da diese terminlich flexibler seien. Außerdem seien sie enger mit den jeweiligen Themen vertraut. Dadurch stiegen die Chancen, dass der Beirat regelmäßig tagen kann und dass ein effizienter Austausch mit den beteiligten Ressorts der Senatsverwaltung stattfindet.
- Andererseits sei es laut eines IP von zentraler Bedeutung, dass ein **direkter Draht zwischen BPUP und politischer Ebene** besteht und dass auch auf der politischen Ebene eine ressortübergreifende Abstimmung in Bezug auf den BPUP stattfindet. Für eine größere Sichtbarkeit des BPUP in der Politik sei der Beirat zentral.
- Ein IP regt an, dass der Beirat um **Vertreter:innen der drei Senatsressorts Soziales, Bildung und Sport erweitert** werden sollte, da diese neben den bereits beteiligten Ressorts ebenfalls für die Urbane Praxis relevant seien.
- Die Kommunikation zwischen BPUP und den drei beteiligten Senatsressorts sollte laut eines IP insbesondere auf Arbeitsebene verstärkt und verstetigt werden, etwa mittels eines **regelmäßig stattfindenden Arbeitskreises als Ergänzung zum Beirat**. An solch einem Arbeitskreis sollten Vertreter:innen der drei beteiligten Senatsressorts (z.B. die zuständigen Fachreferent:innen) sowie der Geschäftsstelle des BPUP teilnehmen. So ließen sich die teils kurzfristigen Anfragen seitens des BPUP an die Verwaltung und dadurch entstehender zeitlicher Bearbeitungsdruck abmildern. Gleichzeitig könnten regelmäßige kurze Updates des BPUP der Senatsverwaltung dabei helfen, dessen Arbeit aktiver zu unterstützen, etwa durch intensivere verwaltungsinterne Abstimmung und längere Bearbeitungszeiträume.

Zusammenarbeit mit den Bezirken

- Mittels einer **frühzeitigen Einbindung der Bezirke** könnte die Antragsstellung für Genehmigungen besser koordiniert werden. Außerdem könnten sich die Bezirke dann auch eher bei der Öffentlichkeitsarbeit einbringen, z.B. über Bezirksnewsletter oder bezirkliche Kulturkarten.
- Laut eines IP könne die Zusammenarbeit mit den Bezirken zusätzlich gestärkt werden, wenn unmittelbar nach der Auswahl geförderter Projekte durch die Jury des BPUP **von den Genehmigungsstellen mehrere Termine geblockt werden**, um die **Projektgenehmigung** ressortübergreifend und mit den Antragsteller:innen zu besprechen.
- Mehrere IP schlagen vor, dass seitens der Verwaltung **in jedem Bezirk eine dauerhafte Ansprechperson** mit ausreichenden Kapazitäten abbestellt wird, die die Kommunikation mit dem BPUP leistet und bezirksintern die Genehmigungsprozesse abstimmt und unterstützt.
- Ein IP schlägt vor, dass der BPUP noch mehr **Netzwerkarbeit und Wissenstransfer** in Bezug auf Genehmigungsanträge zwischen kleinen, unerfahrenen und großen, erfahrenen Projekten organisiert sowie zwischen den Projekten und den bezirklichen Genehmigungsstellen, um den hohen **Arbeitsaufwand aufgrund der vielen Genehmigungsanträge abzufedern**.
- In einigen Bezirken hätten die Ämter sowie die Netzwerkstelle Urbane Praxis in Zusammenarbeit mit den sozialräumlichen Planungskoordinatoren der Bezirke (teils private) **Flächen identifiziert, für deren Nutzung die notwendigen Genehmigungen leichter zu erlangen seien**. Eine Übersicht der Flächen sollte vom BPUP gegenüber den Antragstellenden im Vorfeld kommuniziert werden, um die Genehmigungsverfahren zu erleichtern. Dabei sei zu beachten, dass die Nutzung von Grünflächen aufgrund des höheren Aufwands zur Bereit- und ggf.

Wiederherstellung aufwendiger ist und seitens der Politik oftmals kritisch gesehen wird, weshalb andere Flächen priorisiert werden sollten.

- Mehrere IP schlagen vor, dass der BPUP die **Bezirke frühzeitig über die Auswahl der geförderten Projekte informiert** und geeignete Netzwerke zur Informationsweitergabe aufbaut.

A3 Zusammenarbeit zwischen BPUP und Zivilgesellschaft (und Urbane Praxis e.V.)

- Die **vom BPUP angebotenen Informationsangebote** zum Stellen von Genehmigungsanträgen durch den BPUP wurden von mehreren Befragten als **wertvoll und relevant** eingeschätzt.
- Die Arbeit des BPUP wird von mehreren IP als sehr **engagiert und unterstützend** wahrgenommen. Das gilt auch für weitergehende Aktivitäten, wie beispielsweise die Zusammenarbeit mit dem Projektteam Raumsonde.
- Die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen dem BPUP und der **Netzwerkstelle Urbane Praxis** (getragen vom Urbane Praxis e.V.) als Vertreter:in stadtgestaltender Akteure aus der Zivilgesellschaft sowie Kunst- und Kulturschaffenden wird mehrheitlich als **gewinnbringend** für beide Organisationen dargestellt, insbesondere in Bezug auf Wissenstransfer. Beide Organisationen stünden in einem **regelmäßigen und produktiven Austausch**.
- Trotz der guten Zusammenarbeit zwischen dem **BPUP** und der **Netzwerkstelle Urbane Praxis** würden die beiden Organisationen von Politik und Verwaltung sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren als **Parallelstruktur mit unzureichender gegenseitiger Abstimmung** wahrgenommen. Ein IP sieht insbesondere in Bezug auf inhaltliche Kriterien einer Urbanen Praxis und den Förderkriterien des BPUP Abstimmungsbedarf, um eine "abgestimmte Förderpraxis" der beiden Organisationen zu erreichen und Zuständigkeiten abzugrenzen.
- Laut mehrerer IP gab es wiederholt **Schwierigkeiten bei der Kommunikation** ggü. Zivilgesellschaft und Politik, da der BPUP und die Netzwerkstelle Urbane Praxis beide „Urbane Praxis“ im Namen führen, was selbst bei Akteuren, die mit mindestens einer der beiden Organisationen verbunden sind, für **Verwirrung** sorgt.

Vorgeschlagene Maßnahmen der Befragten

Zusammenarbeit mit der Netzwerkstelle Urbane Praxis

- Mehrere IP merken an, dass die klarere Abgrenzung zwischen dem BPUP und der Netzwerkstelle Urbane Praxis hilfreich wäre, um **Redundanzen zu vermeiden, Zuständigkeiten klarer zu verteilen** und insgesamt **effizienter zu arbeiten**. Zumindest in der Außenwahrnehmung gab es diesbezüglich laut mehreren IPs des Öfteren Verwirrung. Eine Umbenennung des BPUP und der Verzicht auf „Urbane Praxis“ im Namen könnte eine solche Abgrenzung unterstreichen.
- Einige IP regen an, dass eine übergeordnete **Dachorganisation** Urbane Praxis geschaffen werden sollte, beispielsweise eine Stiftung Urbane Praxis. Ein IP konkretisiert, dass solch eine Dachorganisation als **offizielle Fördermittelempfängerin** die Fördermittel verwalten und die **Aufgaben des BPUP sowie der Netzwerkstelle Urbane Praxis bündeln** sollte. So ließe sich eher eine

Gesamtstrategie Urbane Praxis umsetzen und gezielter ggü. Politik kommunizieren, etwa bei Haushaltsverhandlungen. Außerdem könnte solch eine Organisation eher Versicherungen für die geförderten Projekte abschließen und die Projektumsetzung unterstützen.

A4 Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung (beteiligte Senatsbehörden)

- Die Entwicklung einer Stadt ließe sich nicht ausschließlich “von oben” durch die Verwaltung steuern, sondern **Städte müssten auch in direkter Zusammenarbeit von Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickelt werden.**
- Durch die Förderprogramme des BPUP bildeten sich **zivilgesellschaftliche Netzwerke** aus. Diese ließen sich seitens der Verwaltung nutzen, um in **direkten Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Akteuren** zu treten und viele davon relativ einfach zu erreichen, denn Verwaltungsmitarbeiter:innen fehlte es oftmals an Ressourcen, um eine größere Zahl von Akteure einzeln anzusprechen.
- Personen, die größere und längerfristig geförderte Projekte umsetzen, seien oftmals in direktem Austausch mit der Verwaltung, vor allem mit den für Genehmigungen zuständigen Stellen. Anlass dazu böten konkrete Genehmigungsverfahren für geförderte Projekte oder Vernetzungsveranstaltungen des BPUP. Dadurch vernetzten sich zivilgesellschaftliche Akteure auch direkt mit der Verwaltung und **lernten voneinander über Projektgenehmigungen und -umsetzungen**, was auch die Verwaltung entlasten würde.
- Der Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im Rahmen der Urbanen Praxis sei für Teile der Senatsverwaltung auch deshalb so wertvoll, weil viele der Beteiligten weniger etabliert sind als größere Organisationen. Es sind **kleinere Organisationen oder sogar einzelne Personen tätig**, die thematische Schnittstellen adressierten – vor allem in den Bereichen Stadtentwicklung und Kultur sowie teilweise auch Umweltthemen.
- Die verwaltungsinterne Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Urbane Praxis und der Arbeit des BPUP trüge eines IP zufolge dazu bei, dass bei Verwaltungsmitarbeiter:innen eine **Sensibilisierung für die Beiträge zivilgesellschaftlicher Akteure** zu einer lebenswerten Stadt einsetzt. Das böte Veränderungspotenzial auch für Verwaltungsakteure, die nicht direkt mit der Urbanen Praxis befasst sind. Da sich Verwaltung allerdings nur sehr langsam verändert, sei eine langfristige Laufzeit des BPUP notwendig, um solche “systemischen Veränderungen” in den Strukturen der Senatsverwaltungen zu unterstützen.
- Ein IP erwähnt, dass sich aufbauend auf zivilgesellschaftlichen Netzwerken Allianzen mit Verwaltungsakteuren bilden lassen. Dies könne dabei helfen, **gemeinwohlorientierte Nutzungen von Entwicklungsflächen** zu erwirken. Dies sei ohne die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure sowie der Berücksichtigung der Bedarfen seitens Anwohner:innen in vielen Fällen kaum möglich, da Immobilien-Investor:innen daran in der Regel wenig Interesse zeigten. Indem sie zusammenarbeiten, könnten Akteure aus Verwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsam Verdrängungseffekten (Gentrifizierung) entgegenwirken, denn bei vielen Flächen, die von den geförderten Projekten bespielt werden, handele es sich um

solche, deren Entwicklung von Nutzungskonflikten bzw. unterschiedlichen Nutzungsinteressen geprägt sei.

B) Abbau von Zugangsbarrieren

B1 Abbau von Zugangsbarrieren zum Stadtraum für Projektmacher:innen (z.B. Genehmigungen)

- Die vom BPUP angebotenen **Informationen und Sprechstunden** in Bezug auf die Genehmigung von Projekten seien relevant für den Abbau von Zugangsbarrieren zum Stadtraum.
- Aufgrund der Förderung des BPUP fänden **merklich mehr Projekte im öffentlichen Raum** statt. Dadurch würden **mehr physische Stadträume auch für die Öffentlichkeit erschlossen**, die andernfalls nicht zugänglich wären. Gleichzeitig kommt es zu einem erhöhten Bearbeitungsaufwand auf Seiten der Verwaltung (-> Zusammenarbeit zwischen BPUP und Verwaltung)
- Durch die Öffnung von Flächen durch die vom BPUP geförderte Projekte würde **ehrenamtlichem Engagement von Bürger:innen** im wahrsten Sinne des Wortes **“Raum gegeben”**, die dort gemeinwohlorientierte Projekte umzusetzen. Das sei eine wichtige Ergänzung zur primär renditeorientierten Entwicklung von Flächen durch Investor:innen.
- Teilweise tauschten sich die Organisator:innen geförderter Projekte auch untereinander aus, wodurch laut eines IP ein **„selbstlernendes System“** in Bezug auf Genehmigungsverfahren und die Nutzung von Freiflächen entsteht. Teilweise „hosten“ größere Projekte auf ihren Flächen auch kleinere Projekte, was deren Aufwand reduziert, etwa indem sie bestehende Versicherungen nutzen können. Davon profitieren vor allem unerfahrene Projekte beim Erlangen von Zugängen.

B2 Abbau von Zugangsbarrieren für Besucher:innen (barrierefreiheit)

- Durch die Arbeit des BPUP würden geförderte Antragsteller:innen motiviert, **Maßnahmen zum Barriereabbau bei der Projektdurchführung** umzusetzen (Rollstuhlrampen, Shuttlebusse, mehrsprachiges Infomaterial, Awarenesspersonen etc.). Im Idealfall könnten die antragstellenden Organisationen dadurch insgesamt für das Thema Barriereabbau sensibilisiert werden.
- Laut eines IP ist die räumliche Wirkung des BPUP beim Abbau von physischen Zugangsbarrieren eher als gering einzuschätzen, weil im Rahmen der geförderten Projekte **keine dauerhaften baulichen Maßnahmen für Barrierefreiheit** umgesetzt werden, da die Projekte zeitlich begrenzt sind.
- Ein weiterer IP weist ausdrücklich darauf hin, dass **temporäre Projekte**, wie die vom BPUP geförderten Projekte, **nicht geeignet** seien, **um bauliche Maßnahmen zum Barriereabbau umzusetzen**, eine soziale Infrastruktur zu schaffen oder ein Quartiersmanagement zu ersetzen. Dies sei **nicht ihre Aufgabe** und gälte auch dann, wenn die Projekte längerfristig angelegt sind.

B3 Abbau von Zugangsbarrieren zu den Fördermitteln

- Ein Großteil der Befragten hebt die **Beratungsangebote und Unterstützung** bei der Antragsstellung als **Mehrwert für die Antragstellenden** und als Alleinstellungsmerkmal des BPUP hervor, wodurch der Zugang zu Fördermitteln erheblich erleichtert wird. Das gilt insbesondere für noch unerfahrene Antragstellende und erleichtert deren Einstieg in die Urbane Praxis erheblich.
- Ein IP betont in diesem Zusammenhang, dass die Fördermittelanträge vergleichsweise niederschwellig gestaltet sind. Mehrerer IP zufolge tragen diese Maßnahmen merklich dazu bei, dass **Zugangsbarrieren zu den Fördermitteln abgebaut werden** und dass die geförderten **Projekte** darauf aufbauend **erfolgreich umgesetzt werden können**, dies gilt insbesondere für in diesem Bereich noch eher unerfahrene Personen und Gruppen.
- Als besonders wertvoll wird die Möglichkeit zur **Förderung von Konzeptphasen** angesehen, wie beispielsweise die inhaltliche Auseinandersetzung mit einem bestimmten Grundstück, vorbereitenden Recherchen und dem Aufbau von Netzwerken zur Projektumsetzung.
- Mehrere IP weisen darauf hin, dass der -> Begriff Urbane Praxis und das teils **akademisch aufgeladene Vokabular**, das der BPUP verwendet ("diskriminierungskritisch", "gendersensibel" usw.) vor allem Akademiker:innen adressiert. Dadurch werden **sprachliche Barrieren** errichtet und Nicht-Akademiker:innen könnten sich nicht angesprochen fühlen.
- Da (entgegen der Informationen rund um die Antragsstellung für den BPUP) die Projektdarstellungen der geförderten Projekte auf der Internetseite des BPUP in Deutsch verfasst sind, erzielen die **Bemühungen des BPUP zum Abbau von sprachlichen Zugangsbarrieren** mittels mehrsprachiger Kommunikation für Außenstehende laut eines IP nur eine geringe Sichtbarkeit.

Vorgeschlagene Maßnahmen der Befragten

Abbau von Zugangsbarrieren

- Mehrere IP schlagen vor, dass der BPUP konsequent eine **einfachere Sprache** verwendet und **auf akademische Begriffe verzichtet**, um sprachliche Barrieren in der Außenkommunikation abzubauen.
- Die Internetseite des BPUP und insbesondere die **Projektbeschreibungen sollten mehrsprachig sein**, um diesem Ansatz des BPUP zum Abbau von sprachlichen Barrieren mehr Sichtbarkeit zu verleihen.
- Ein IP schlägt zum Abbau von Sprachbarrieren vor, dass der BPUP die Organisator:innen geförderter Projekte darauf hinweist, dass in den Nachbarschaften der Durchführungsorte möglicherweise andere Sprachen bevorzugt werden, als die Organisator:innen sprechen.
- Mehrere IP schlagen vor, **bestimmte Flächen auszuweisen und ggf. auszustatten, um sie dauerhaft für geförderte Projekte zu erschließen**. Solche „**Pilotflächen**“ könnten einfacher und dauerhafter bespielt werden, wobei der BPUP die Vergabe der Flächen betreuen könne. Dafür solle der BPUP eine dementsprechend auskömmliche Finanzierung erhalten. Ein IP hebt hervor, dass bei der Auswahl von Pilotflächen auf die Erfahrungen der Netzwerkstelle Urbane Praxis bei der Vermittlung von Räumen zurückgegriffen werden könnte.
- Ein IP konkretisiert, dass in jedem Bezirk Berlins eine solche „Pilotfläche“ eingerichtet werden sollte, um lokale Bedarfe in den jeweiligen Bezirken zu ermitteln.
- Um Barrieren für Antragstellende abzubauen, schlägt ein IP die Bereitstellung von „Infrastruktur“ durch den BPUP wie etwa Versicherungsschutz vor.
- Eine Person regt an, dass erfahrenere Projekte noch unerfahrenere Projekte insbesondere bei der Herstellung von temporären baulichen Maßnahmen zum Barriereabbau beraten. Der BPUP könnte entsprechende Kontakte gezielt vermitteln.

C) Stadträumliche Diversifizierung

- Die Diversität der vom BPUP geförderten Projekte sei hoch und sie erreichten ein **heterogenes Publikum**, was laut eines IPs mit reinen Kunst- und Kulturprojekten kaum erreicht werden kann. Ein IP konkretisiert, dass die geförderten Projekte in der Gesamtschau die Diversität der Berliner „Kultur- und Kreativszene“ gut abbildeten, da sie **unter anderem auch queere und migrantische Themen** aufgreifen und ein entsprechendes Publikum adressieren.
- Diversität sei laut eines IP ein zentraler Aspekt des Konzepts der „mischgenutzten europäischen Stadt“. Insofern **trügen** die geförderten Projekte **zur Resilienz Berlins bzw. zur Bildung eines resilienten Stadtkörpers bei**, der – so die Annahme des IP – eine lebenswerte Umwelt für die Berliner:innen darstellt.
- Mehrere IP kritisieren, dass die vom BPUP geförderten **Projekte zu kurze Laufzeiten** hätten und zu vereinzelt stattfänden und dass auch die **Laufzeit des BPUP selbst zu kurz angelegt** sei, um Stadträume nachhaltig in Bezug auf Nutzungsformen und Nutzer:innen zu diversifizieren.
- Ein IP weist darauf hin, dass einige der geförderten Projekte womöglich nur deshalb die jeweilige Nachbarschaft der von ihnen bespielten Flächen einbinden, weil dies ein Förderkriterium des BPUP ist. In solchen Fällen fände die **Einbeziehung von Nachbar:innen zu spät statt und würde nicht ernsthaft** umgesetzt, was keinen substantziellen Beitrag zur Diversifizierung erwarten lässt.

Vorgeschlagene Maßnahmen der Befragten Stadträumliche Diversifizierung

- Laut mehrerer IP bräuchte es langfristig gesicherte Förderzeiträume des BPUP und mehr geförderte Projekte mit längeren Laufzeiten, bis sich die singulären und zumeist kurzfristigen Beiträge der Projekte zur stadträumlichen Diversifizierung gesellschaftlich verstetigen. Mehrere IP schlagen daher vor, dass die Förderzeiträume so angepasst werden, dass **mehr Projekte mit längeren Laufzeiten (<1 Jahr)** gefördert werden. Dafür wäre es laut eines IP vertretbar, wenn insgesamt weniger Projekte umgesetzt würden.
- Ein IP merkt an, dass **Nachbarschaften dauerhaft und ernsthaft eingebunden werden müssen** und nicht erst im Zuge der (kurzzeitigen) Projektumsetzung.
- Ein IP spricht sich für die **Ausdifferenzierung** der Aktivitäten des BPUP **nach Stadtteilen und Milieus** aus. Dabei müsse es um die Frage gehen, welche Formen einer Urbanen Praxis an welchen Orten in Berlin funktionieren.

D) Rolle von Kultur in der Stadtentwicklung

- In vielen Fällen nähmen Projekte der Urbanen Praxis einen **holistischen Blick auf Stadt** ein, wobei Kultur als wichtiger Bestandteil neben anderen (Soziales, Umwelt etc.) mit einbezogen wird.
- Im Zusammenspiel mit den Aktivitäten der Netzwerkstelle Urbane Praxis und durch gezielte „Lobbyarbeit“ sei es dem BPUP einem IP zufolge gelungen, Urbane Praxis als Querschnittsthema zwischen Stadtentwicklung und Kultur in Politik und Verwaltung zu positionieren und so auch die **Wertschätzung von Kultur für Stadtentwicklungsprozesse zu erhöhen**.
- Durch die Nutzung und kulturelle Bespielung von Orten im Rahmen des BPUP könnten laut eines IP von der Senatsverwaltung zivilgesellschaftliche Bedarfe in Bezug auf diese Flächen identifiziert werden. Darauf aufbauend könnten Verwaltungsbehörden darauf hinwirken, dass entsprechende Nutzungen bei der Entwicklung der Flächen mit berücksichtigt werden und dass im Idealfall **multifunktionale Nutzungskonzepte** umgesetzt werden, **die den Bedarfen von Anwohner:innen und/oder lokal ansässigen zivilgesellschaftlichen Organisationen gerecht werden** (gemäß des Leitbildes der europäischen Stadt).
- Die **Bedarfsermittlung** durch die geförderten Projekte sei laut eines IP **spontaner, kreativer und passgenauer** als die Verwaltung Bedarfe von Stadtbewohner:innen ermitteln kann. Von besonderem Wert sei außerdem, dass BPUP stadtweit Projekte fördert, was der Senatsverwaltung hilft, entsprechende (kulturelle) Bedarfe in verschiedenen Bereichen Berlins zu ermitteln.
- Ein IP erläutert, dass die **vielfältige Kulturlandschaft** in Berlin und die von kultureller **Diversität und Offenheit** geprägte **Lebensqualität** in der Stadt zum Großteil auf Aktivitäten und Initiativen zivilgesellschaftlicher Akteure basierten. Es sei die Aufgabe der Berliner Verwaltung, diese Aktivitäten zu fördern und so zur Lebensqualität Berlins beizutragen – das gelte insbesondere für den Kulturbereich und die Nutzung des öffentlichen Raums.
- Die vom BPUP geförderten Projekte nähmen einen **kritischen Blick auf Stadtentwicklung** ein und bedienten sich dazu **kultureller und künstlerischer**

Mittel. Ein IP merkt an, dass die Projekte konkrete stadtentwicklungspolitische Themen wie Kommerzialisierung, Flächenmangel für Kunst und Kultur, die Klima- und Umweltkrise usw. adressieren.

- Mehrere IP begrüßten, dass die Projekte darüber hinaus oftmals lösungsorientiert angelegt seien und nach **alternativen Lösungen** suchten, **um mit aktuellen Problemen umzugehen**. Ein Beispiel dafür sei das Projekt Pool Potentials, in dessen Rahmen der Frage nachgegangen wurde, wie die Berliner Sommerbäder außerhalb der üblichen Nutzungszeiten für weitere gemeinwohlorientierte Zwecke genutzt werden können.
- Ein IP kritisiert, dass die **gestalterische Qualität und künstlerische Ästhetik** der geförderten Projekten im Vergleich zu den Aspekten Zugänglichkeit und Diversität mitunter **nicht ausreichend berücksichtigt** würden.

Vorgeschlagene Maßnahmen der Befragten

Weitergehende Untersuchung zur Wirkung von Kultur in der Stadtentwicklung

- Mehrere IP sprechen sich für eine umfassende und **ganzheitliche Evaluation der Urbanen Praxis in Berlin** einschließlich des BPUP aus. Ein IP benennt in diesem Zusammenhang als strategisches Ziel, Wirkungen und Potenziale der Urbanen Praxis überzeugend ggü. der politischen Entscheidungsebene zu vermitteln und so mehr Sichtbarkeit und Wertschätzung herzustellen.
- Laut eines IP wäre es ratsam, **Urbane Praxis nach Stadtteilen und Milieus sozialräumlich zu untersuchen und ausdifferenzieren**, um spezifische Angebote zu entwickeln, die lokalen Bedarfen gerecht werden zu können.

E) Begriff Urbane Praxis

- Der Begriff Urbane Praxis sei nicht klar definiert. Einigkeit herrscht darüber, dass es sich ein **Schnittstellenthema mit Bezug zu Stadtentwicklung und Kultur** handelt.
- Ein IP beschreibt Urbane Praxis als **Koproduktion von Stadtraum** über einzelne Ressorts hinaus mit einem Fokus auf soziale Themen, wobei vor allem die **Zivilgesellschaft aktiv** ist.
- Mehrere IP merken an, dass auch **Umweltschutzaspekte und ökologische Nachhaltigkeit** eine wichtige Rolle spielten, aber noch nicht ausreichend im Förderprogramm verankert sind.
- Ein IP beschreibt Urbane Praxis als das **Testen möglicher Zukünfte**.
- Eine zu enge Definition des Begriffs könnte laut eines IP kontraproduktiv für die praktische Umsetzung sein, weil dadurch womöglich Projekte ausgeschlossen werden könnten. Allerdings bedürfe es klarer **Kriterien, an denen sich Projekte orientieren können** bzw. anhand derer sie sich inhaltlich und thematisch verorten können. Genannt werden vom IP folgende Aspekte, die eine Urbane Praxis auszeichnen: demokratiefördernd, antidiskriminierend, selbstbestimmte und

gemeinwohlorientierte Bespielung urbaner Räume, kulturelle Nutzungen, bildungsnah und sozial.

- Ein IP betont die **Relevanz künstlerischer Aspekte**, weshalb diese im Vordergrund stehen sollten und verweist auf die seitens der Initiative Urbane Praxis im Berliner Aktionsplan Urbane Praxis aus dem Jahr 2021 genannten fünf Qualitäten: Gestaltungs-, Verknüpfungs-, Interaktions-, Inklusions- und Zukunftsqualität.
- Mehrere IP merken an, dass die Verwendung des Begriffs vom BPUP und der Netzwerkstelle Urbane Praxis immer wieder zu **begrifflicher Verwirrung** führt, da beide Organisationen daran **abweichende Kriterien** knüpfen.
- Ein IP merkt an, dass der **Begriff Urbane Praxis bereits ausreichend definiert** sei. Demnach trüge es zu vermehrter Verwirrung bei, wenn immer wieder die bereits ausformulierten Definitionen in Frage gestellt würden.

Vorgeschlagene Maßnahmen der Befragten

- Ein IP schlägt vor, besser **bereits bestehende Definitionen** zu **nutzen**, auch wenn diese unscharf sein mögen, als weitere Definitionen zu erstellen.
- Ein IP schlägt vor, lieber die **Förderkriterien des BPUP zu überarbeiten**, statt den Begriff Urbane Praxis weitergehend auszuformulieren.
- Mehrere IP merken an, dass die Bedeutung des Namens „Berliner Projektfonds Urbane Praxis“ für viele Menschen, die der **BPUP** erreichen möchte, nicht klar ist. Dementsprechend wird eine **Umbenennung** und den **Verzicht auf den Begriff Urbane Praxis** angedeutet. „Draussenstadt“ wird von einem IP als gutes Beispiel genannt, dessen Bedeutung relativ schnell klar ist: „Projekte finden draußen statt“.

F) Förderzeiträume und -kriterien

F1 Umgang mit Förderzeiträumen

- Aus Sicht einer Urbanen Praxis seien sowohl **kurze wie auch längere Projekte wichtig**.
- Mehrere IP erläutern, dass kürzere Projektlaufzeiten den Vorteil bieten, dass sich noch relativ **unerfahrene Gruppen ausprobieren** könnten. Mitunter entstünden längerfristige, größere Projekte aus kürzer angelegten **Testprojekten**, die weiterentwickelt werden.
- **Längerfristige Projekte**, die über mehrere Jahre verlaufen, seien notwendig zum **Aufbau von lokalen Communities und zur Stärkung von Nachbarschaften** an den Durchführungsorten der geförderten Projekte. Dies sei laut der Befragten zentral, um die -> stadträumliche Diversifizierung und den -> Abbau von Zugangsbarrieren zu Stadträumen aktiv zu unterstützen. Außerdem erzielten längerfristige Projekte laut eines IP **mehr Sichtbarkeit** in der Senatsverwaltung, wovon die **Wertschätzung** der Projekte sowie der Arbeit des BPUP langfristig profitieren könnten und wodurch die -> Rolle von Kultur in der Stadtentwicklung gestärkt werden könnte.
- Mehrere IP merken an, dass **viele kurze Projekte einen höheren Genehmigungsaufwand erzeugen würden als weniger langfristige Projekte**, weshalb durch längere Projektlaufzeiten die Genehmigungsbehörden entlastet werden könnten. Mehrere IP schlagen daher vor, dass der BPUP in Zukunft auch

Projekte fördern kann, die für deutlich längere Zeiträume angelegt sind, als es die aktuellen Förderkriterien ermöglichen.

F2 Erweiterung und Modifizierung der bestehenden Förderkriterien (künstlerische Gestaltung, Nutzung des Stadtraums, Diversitätssensibilität, Einbinden lokaler Akteur:innen, Interdisziplinarität)

- Ein Befragter sieht das Förderkriterium “Einbindung von lokalen Akteur:innen” nicht ausreichend definiert. Gerade **institutionelle Träger:innen und bezirkliche Zuständigkeiten fehlten** demnach.
- Ein IP merkt an, dass durch die starke Setzung von Diversität und Inklusion **künstlerische Aspekte** oftmals in den Hintergrund treten, diese jedoch zentrale Bestandteile der Urbanen Praxis darstellen und **nicht vernachlässigt werden dürften**.
- Ein IP beschreibt das Förderkriterium “künstlerische Gestaltung” als schwer greifbar und schlägt eine **stärkere Gewichtung der Methodik** als Förderkriterium vor.

Vorgeschlagene Maßnahmen der Befragten

Förderzeiträume und Förderkriterien (Künstlerische Gestaltung, Nutzung des Stadtraums, Diversitätssensibilität, Einbinden von lokalen Akteur:innen, Interdisziplinäre Verknüpfungen)

- Es sollten **längere Förderzeiträume über mehrere Jahre** ermöglicht werden, um den Aufbau lokaler Communities an den Durchführungsorten der geförderten Projekte zu unterstützen und Nachbarschaften nachhaltig zu stärken.
- Ein IP schlägt vor, beim BPUP Finanzmittel vorzuhalten, mit denen **“erfolgreiche” Projekte verstetigt werden können**, wenn sie sich auf diese Mittel bewerben. Außerdem würde eine Drittelung der geförderten Projekte nach folgendem Schlüssel die Außenkommunikation und Mittelvergabe vereinfachen: 1/3: größere und längere Projekte sowie Unterstützung bei der Verstetigung, 1/3: kleinere und mittlere Projekte, 1/3: Prozessgelder für „Phase 0“ inklusive Konzeptentwicklung und Netzwerkaufbau.
- Ein IP schlägt vor, dass die **gestalterische Qualität und künstlerische Ästhetik** als Förderkriterium **gestärkt wird**.
- Mehrere IP schlagen vor, den Aspekt **ökologischer Nachhaltigkeit** und des Umweltschutzes zu stärken, insbesondere auch in Bezug auf die konkrete Nutzung von Flächen durch die geförderten Projekte.
- Ein IP spricht sich dafür aus, mit dem Kriterium **“Künstlerische Gestaltung”** stärker die von den Projekten vorgesehenen **Formate und Methoden** zu verbinden (z.B. Projektausarbeitung, community-building, künstlerische Praktiken).
- Eine Person schlägt vor, **statt** der **“Nutzung des Stadtraum”** die **“Transformation des Stadtraums”** als Förderkriterien zu formulieren.
- Eine Person schlägt vor, den Punkt **“Einbinden von lokalen Akteur:innen”** **weiter zu spezifizieren** und die Schnittstelle zu öffentlicher Infrastruktur, Träger:innen der Einrichtungen vor Ort und die gezielte Zusammenarbeit mit den Bezirken als Kriterien zu ergänzen. Dabei sollten neben den freien Träger:innen auch institutionelle Träger:innen, z.B. solche in bezirklicher Zuständigkeit, berücksichtigt werden.

04 BEWERTUNG

WIRKUNG AUF STÄDTISCHER EBENE

Die Bewertung der Wirkungen des BPUP erfolgt auf Grundlage der Datenauswertung anhand von offen gehaltenen, qualitativen Bewertungskriterien, die zuvor mit dem AG abgestimmt wurden. Diese Bewertungskriterien sind im Folgenden kursiv hervorgehoben.

A) Ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Verwaltung

Bewertungskriterium: *“Die Befragten gehen davon aus, dass die ressortübergreifende Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ämtern in den Bereichen Kultur und Stadtentwicklung intensiviert wurde.”*

Ergebnis: Die erhobenen Daten lassen darauf schließen, dass der BPUP die ressortübergreifende Zusammenarbeit zwischen den drei beteiligten Ressorts Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SenKultGZ), Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenStadt) sowie Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) fördert. Das gilt zumindest auf der Arbeitsebene und betrifft vor allem die für das Thema Urbane Praxis zuständigen Fachreferenten in den drei Ressorts. Zwischen diesen hat sich laut eines IP der Austausch von Erfahrungswerten mit Projektumsetzungen, inhaltlichen Themen einer lebenswerten Stadt und den Zielen der jeweiligen Ressorts in Bezug auf die Stadtentwicklung merklich intensiviert, was einer vertrauensvollen und produktiven Zusammenarbeit förderlich ist. Zwei IP erläutern, dass die Fachreferent:innen der drei Senatsbehörden mit weiteren Akteuren Allianzen zum Erreichen von gemeinsamen Zielen bilden können, was sowohl die Arbeit der Mitarbeitenden zum Erreichen der ressortspezifischen Ziele unterstützt, wie auch die ressortübergreifende Gestaltung Berlins als lebenswerte Stadt begünstigt.

Dass der BPUP diese Wirkung entfalten kann, hat laut der IP mehrere Gründe: das per se ressortübergreifenden Thema Urbane Praxis (1), die strukturelle Verankerung des Themas Urbane Praxis in der Berliner Verwaltung, wobei SenKultGZ den BPUP finanziert und SenStadt die Netzwerkstelle Urbane Praxis (2), der Raumbezug der geförderten Projekte, die konkrete Flächen bespielen, was in vielen Fällen auch die Zuständigkeit von SenMVKU betrifft (3) sowie die aktivierende Arbeitsweise des BPUP, die die Zusammenarbeit der beteiligten Ressorts fordert und fördert (4).

Die praktizierte Zusammenarbeit der beteiligten Ressorts ist als durchaus positiv zu bewerten. Mit erweitertem Blick auf die Senatsverwaltung der Stadt Berlin als Ganzes handelt es sich dabei jedoch um einen eher begrenzten Effekt. Allerdings kann die ressortübergreifende Zusammenarbeit in Bezug auf die Urbane Praxis unseres Erachtens

ein interessantes Lernfeld zur Gestaltung anderer ressortübergreifender Maßnahmen und möglicherweise sogar als ein verwaltungsinternes Vorzeigeprojekt dienen, wenn es entsprechend kommuniziert wird.

Um auch die höhere Verwaltungs- und politische Ebene ressortübergreifend stärker in die Zusammenarbeit einzubeziehen, ist laut mehrerer IP die geplante (Wieder-)einrichtung des Beirats einschließlich der Staatssekretär:innen der beteiligten Ressorts von zentraler Bedeutung. Dass der Beirat bisher nicht verlässlich tagen konnte und sich noch keine Geschäftsordnung gegeben hat, wird als zentrales Defizit für die ressortübergreifende Zusammenarbeit gesehen.

Bewertungskriterium *“Die Befragten gehen davon aus, dass zwischen der Kulturlandschaft und der Stadtentwicklung in Berlin Synergien entstanden sind.”*

Ergebnis: Mehrere der von den IP benannten Wirkungen lassen sich als Synergien zwischen den Bereichen Kultur und Stadtentwicklung fassen. Dabei handelt es sich zumeist um positive Effekte vor allem für die Stadtentwicklung, die direkt von den geförderten Projekten ausgehen. Dazu zählt, dass die Projekte der Urbanen Praxis in vielen Fällen mit künstlerischen und kulturellen Mitteln nach Lösungen für aktuelle Probleme in der Stadtentwicklung suchen. Beispielsweise kann das Testen alternativer Zukünfte für städtische Entwicklungen als eine solche Praxis eingeordnet werden, die im Bereich der Urbanen Praxis verbreitet ist. Für die Stadtentwicklung können die geförderten Projekte als effizientes Mittel dienen, um lokale Bedarfe in der Bevölkerung in Bezug auf die Nutzung von Flächen zu ermitteln. Darauf aufbauend können geeignete Maßnahmen für die jeweiligen Flächen und die betroffenen Stadtteile erarbeitet und umgesetzt werden. Weitere Synergien ergeben sich aus dem Erfahrungs- und Netzwerkaufbau seitens der Zivilgesellschaft im Zuge der Projektumsetzung und aufgrund der unterstützenden Maßnahmen des BPUP (Informationsangebote, Vernetzungstreffen etc.). Dadurch entstehen zivilgesellschaftliche Kapazitäten (capacity building) zur Erlangung von Genehmigungen für und Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen im Schnittstellenbereich Kultur und Stadtentwicklung.

Bewertungskriterium: *“Die Befragten nennen konkrete Neuerungen in den Bereichen Kultur und Stadtentwicklung, die durch den BPUP angestoßen wurden.”*

Ergebnis: Als Neuerung lässt sich die verbesserte Zusammenarbeit sowohl zwischen den beteiligten Ressorts wie auch zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung benennen. Diese Zusammenarbeit betrifft primär Akteure aus den Bereichen Kultur und Stadtentwicklung, sie lässt sich aber nicht darauf begrenzen. Dabei agiert der BPUP als neu etablierter Intermediär zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Verwaltung sowie Politik. Das gilt vor allem für die koordinierte Verteilung von Fördergeldern, aber auch für Unterstützung zum Erlangen von Genehmigungen, wobei allerdings in Bezug auf die Genehmigungen die Kommunikation mit den Bezirken laut mehrerer IP noch nicht ausreichend ausgebaut ist. Zur intermediären Rolle hinzu kommen neu entstandene Netzwerke, in denen der BPUP als ein Akteur neben vielen anderen agiert.

Eine weitere Neuerung wurde im Bereich der Fördermittelvergabe umgesetzt. Indem die Auseinandersetzung, Recherche und der Netzwerkaufbau vor Ort zur kulturellen Bespielung von Flächen finanziell gefördert werden kann („Phase 0“), unterstützt der BPUP die inhaltliche Auseinandersetzung mit Flächen in Bezug auf Fragen der Stadtentwicklung, was Mehrwerte für die Bedarfsermittlung seitens SenStadt und neue Problemlösungsansätze bei der Entwicklung dieser Flächen ermöglicht.

B) Wertschätzung von Kultur in der Verwaltung als Bestandteil von Stadtentwicklung

Bewertungskriterium: *“Die Befragten gehen davon aus, dass die Wertschätzung von Kultur als Teil der Stadtentwicklung erhöht werden konnte.”*

Ergebnis: Es kann davon ausgegangen werden, dass die Sichtbarkeit der geförderten Projekte und die gezielte Ansprache von Verwaltungsakteuren durch den BPUP zur Wertschätzung von Kultur als relevantem Bestandteil von lebendigen Quartieren und zur Stärkung von Nachbarschaften beitragen. Allerdings fällt diese positive Wirkung offensichtlich noch sehr gering aus, wie die Befragungen zeigen. Viele Befragte in der Verwaltung, die nicht unmittelbar mit der Urbanen Praxis befasst sind, kennen den BPUP nicht und wissen kaum etwas über das Konzept der Urbanen Praxis. Und selbst wenn, wissen Mitarbeitende in den Bezirken oftmals nicht, wenn Genehmigungen mit dem BPUP in Verbindung stehen. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass die vielfältigen Beiträge und Potenziale der geförderten Projekte für die Stadtentwicklung (Diversifizierung, Abbau Zugangsbarrieren, Ideenfindung für alternativen Umgang mit Flächen, Bedarfsermittlung etc.) seitens der Berliner Verwaltung in der Breite noch keine gesteigerte Wertschätzung erfahren.

C) Zugänglichkeit

Bewertungskriterium: *“Die Befragten gehen davon aus, dass durch die Aktivitäten des BPUP Zugangsbarrieren bei der Nutzung des öffentlichen Raumes verringert werden.”*

Ergebnis: Mehrere der Befragten weisen darauf hin, dass sie die Wirkungen des BPUP in Bezug auf die Zugänglichkeit zivilgesellschaftlicher Akteuren zum Stadtraum und zu den Fördermitteln kaum einschätzen können. Dennoch lässt sich als positive Wirkung festhalten, dass durch viele der geförderten Projekte verschiedene Stadträume öffentlich zugänglich gemacht werden. Mitunter wird dabei auch auf einen barrierefreien Zugang geachtet. Allerdings wird die Zugänglichkeit des öffentlichen Raums aufgrund der begrenzten Projektlaufzeiten nicht dauerhaft gesteigert.

In Bezug auf den Zugang zu Fördermitteln lässt sich auf eine stärkere positive Wirkung schließen: Aufgrund der niederschweligen Gestaltung der Förderanträge und die aktive Unterstützung bei der Beantragung durch den BPUP, haben eher auch Gruppen und Personen Zugang zu den Fördermitteln, die in vielen Fällen aufgrund von sprachlichen

Barrieren, zu eng gefassten Förderrichtlinien oder mangelnden Kapazitäten wahrscheinlich keinen Förderantrag stellen oder nicht gefördert würden. In Folge kommt es zu einer relativ großen Bandbreite an Kulturformaten und hohen Diversität von Veranstalter:innen (-> Diversität). Allerdings ist es wahrscheinlich, dass akademische Begriffe wie „Urbane Praxis“ dazu führen, dass an einer Förderung durch den BPUP potentiell interessierte Gruppen und Personen nicht erreicht werden, weil sie sich nicht angesprochen fühlen. Insofern produziert der BPUP seinerseits eine sprachliche Barriere, die die Zugänglichkeit der Fördermittel beeinträchtigt.

D) Diversität

Bewertungskriterium: *“Die Befragten gehen davon aus, dass die Diversität seitens Nutzer:innen und Veranstalter:innen durch die Aktivitäten des BPUP erhöht werden.”*

Ergebnis: Viele der Befragten weisen darauf hin, dass sie die Wirkungen des BPUP in Bezug auf die Diversität von Nutzer:innen und Veranstalter:innen nur bedingt einschätzen können, da sie diesbezüglich kaum Einblick haben. Vor diesem Hintergrund lässt sich dennoch festhalten, dass die niederschwellige Gestaltung der Förderanträge sowie die Berücksichtigung von Diversität als Förderkriterium durch den BPUP zur Diversität der kulturellen Angebote im öffentlichen Raum Berlins und der daran beteiligten Personen bzw. den Veranstalter:innen beiträgt. Allerdings sind diese Beiträge aufgrund der befristeten Förderung von Einzelprojekten lediglich punktuell und von kurzer Dauer. Daher wird bezweifelt, dass sich diese durchaus positive Wirkung über die Laufzeit einzelner Projekte verstetigen und über deren Veranstaltungsort hinaus stadträumlich niederschlagen kann.

05 HANDLUNGSANREGUNGEN

WIRKUNG SKALIEREN

Die Handlungsanregungen sollen dazu dienen, die identifizierten positiven Wirkungen des BPUP für die Berliner Stadtgesellschaft zu intensivieren. Sie basieren auf der vorangegangenen -> Bewertung der Wirkungen sowie der -> Auswertung der geführten Interviews und der Online-Befragung. Zum Teil sind auch einzelne Maßnahmen eingeflossen, die von den Befragten vorgeschlagen wurden, wenn sie sich zielführend in die erarbeiteten Handlungsanregungen einfügen und angesichts der erhobenen Daten valide erscheinen.

#1 STADTWEITE SICHTBARKEIT ERZEUGEN

Steigerung der Sichtbarkeit für den BPUP durch klare und abgestimmte Kommunikation

Außerhalb des direkten Umfelds der Urbanen Praxis ist die Sichtbarkeit des BPUP vergleichsweise gering. Das liegt unter anderem daran, dass er von vielen Menschen in Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik mit dem "Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung" oder dem DRAUSSENSTADT Call for Action vermischt wird. Zudem besteht aufgrund der Nähe zur Netzwerkstelle Urbane Praxis eine weitere Gefahr zur Verwechslung. Durch eine klare Markenpositionierung des BPUP, verbunden mit einer gezielten Kommunikationsstrategie (Botschaften, Zielgruppen, Kommunikationskanäle, Mediaplanung), könnte das Profil des BPUP geschärft und neue Zielgruppen erreicht werden. So könnte die Wahrnehmung für den BPUP gesteigert werden und eine vielfältigere Bewerber:innenschaft erreicht werden. Dabei ist es wichtig, die Rolle der Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung für den BPUP zu kommunizieren, um eine klare Abgrenzung zur Netzwerkstelle und dem Verein Urbane Praxis zu schaffen. Um die Relevanz des Förderinstruments zu steigern, könnte außerdem die Bedeutung der Urbanen Praxis einschließlich der Rolle des BPUP als Lernfeld für ressortübergreifende Zusammenarbeit und Kooperation mit der Zivilgesellschaft stärker in Richtung Verwaltung kommuniziert werden.

#2 GEMEINSAM PLANEN UND HANDELN

Entwicklung einer akteursübergreifenden Strategie zur Förderung und nachhaltigen Etablierung der Urbanen Praxis in Berlin

Um Urbane Praxis als gemeinwohlorientiertes Handlungsfeld in Berlin zu stärken und sparten- sowie ressortübergreifend zu verankern, wird die Ausarbeitung einer gemeinsamen Handlungsstrategie zusammen mit der Netzwerkstelle Urbane Praxis angeregt. In einem weiteren Schritt sollten in die Strategieentwicklung auch die beteiligten Senatsressorts und Vertreter:innen der Bezirke eingebunden werden, denn sie sind für die Finanzierung und Genehmigung der Projekte zentral. Die Handlungsstrategie sollten darauf ausgerichtet sein,

- die jeweiligen Zuständigkeiten zwischen BPUP und Netzwerkstelle zu klären und Redundanzen zu vermeiden.
- den Austausch und Wissenstransfer zwischen den Organisationen zu verstetigen in Bezug auf geförderte Projekte, geeignete Flächen,

Genehmigungsverfahren, potenzielle Partner:innen, das Einwerben von Geldern etc.

- die Bedeutung und Potenziale der Urbanen Praxis für die Berliner Stadtgesellschaft besser gegenüber der Verwaltung und Öffentlichkeit zu kommunizieren.

#3 EINFACHE SPRACHE

Förderung der Vielfalt durch einfache Sprache

Um die Diversität der geförderten Projekte zu erhöhen, ist es wichtig, mit der externen Kommunikation möglichst viele verschiedene Menschen zu erreichen. Die relativ akademische Außenkommunikation des BPUP ist für viele Menschen allerdings nur schwer verständlich und kann sogar abschreckend wirken. Hinzu kommt, dass in Berlin viele verschiedene Sprachen gesprochen werden. In Anträgen, Infomaterial und auf der Website sowie der Außenkommunikation der geförderten Projekte sollte daher noch mehr Augenmerk auf einfache Sprache und Mehrsprachigkeit gelegt werden.

#4 BEIRAT ALS ERFOLGSFAKTOR

Der Beirat als formelles Instrument zur Förderung ressortübergreifender Zusammenarbeit

Die Wiedereinrichtung des Beirats zur Förderung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit scheint von zentraler Bedeutung zu sein. Daher sollten regelmäßige Beiratstreffen (zum Beispiel quartalsweise) etabliert sowie eine Geschäftsordnung und Berichtsstruktur eingeführt werden. Außerdem sollte geprüft werden, ob

- Abteilungsleiter:innen zusätzlich zu Staatssekretär:innen am Beirat beteiligt werden.
- weitere Ressorts in den Beirat integriert werden, die für die Urbane Praxis relevant sind, wie etwa die Senatsverwaltungen für Soziales, Bildung und Sport.
- Vertreter:innen der Bezirke beteiligt werden sollten.

Als Ergänzung zu den Beiratssitzungen wird außerdem angeregt, dass regelmäßige Runden mit allen drei beteiligten Ressorts der Senatsverwaltung (SenKultGZ, SenStadt, SenMVKU) und der Geschäftsstelle des BPUP für kurze Updates stattfinden, um deren Austausch zu intensivieren.

#5 URBANE PRAXIS IN DEN BEZIRKEN

Frühzeitige und gezielte Zusammenarbeit mit den Bezirken sicherstellen

Zur Verringerung des hohen Bearbeitungsaufwand für die Genehmigungen der geförderten Projekte auf Seiten der Bezirke und zur Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für die Projektmacher:innen,

- sollten relevante Stellen und Schlüsselpersonen in den Bezirken frühzeitig über die Entscheidungen der Jury und die Auswahl der geförderten Projekte informiert werden. Zu diesem Zweck sollten seitens des BPUP geeignete Netzwerke und Kommunikationskanäle zur Informationsweitergabe aufgebaut werden.
- könnten Sprechstunden für die geförderten Projekte bei den zuständigen Fachämtern eingerichtet werden.
- könnten Vorschläge der Bezirke für Flächen zur Umsetzung von Projekten eingeholt und an die Antragstellenden kommuniziert werden.
- könnten Vertreter:innen der Bezirke in die akteursübergreifenden Gremien des BPUP eingebunden werden (z.B. den Beirat).

Die frühzeitige Einbindung der zuständigen Bezirksstellen kann auch dazu dienen, Informationen über die Förderung des BPUP im Rahmen der bezirklichen Öffentlichkeitsarbeit weiterzuleiten und den Förderaufruf oder die geförderten Projekte im jeweiligen Bezirk breiter zu bewerben. Dies kann die Vielfalt der Antragstellenden und der Besucher:innen von Projekten unterstützen und für die Menschen in den Bezirken zusätzliche Zugänge zu Fördermitteln und den Stadträumen schaffen, die von den Projekten erschlossen werden.

#6 LANGFRISTIGE FÖRDERZEITRÄUME

Längere Laufzeiten für mehr Vielfalt, Zugang und neue Lösungen in der Stadtentwicklung

Die Potenziale von geförderten Projekten hängen oftmals mit deren Laufzeiten zusammen. Kurz- und mittelfristige Projekte können beispielsweise wichtig sein, um die Bedarfe von Anwohner:innen zu ermitteln und Sichtbarkeit für Flächen(-potenziale) zu schaffen. Längerfristige Projekte, die über mehrere Jahre verlaufen, können darüber hinaus eher neue Lösungen für gesellschaftliche Bedarfe erproben und erarbeiten. Hinzu kommt der Aufbau von lokalen Communities und die Stärkung von Nachbarschaften an den Durchführungsorten der geförderten Projekte. Zudem fördern sie eher eine nachhaltige stadträumliche Diversifizierung und können langfristig zum Abbau von Zugangsbarrieren zu Stadträumen beitragen. Außerdem erzielen Projekte mit langen Laufzeiten mehr Sichtbarkeit seitens der Bezirks- und Senatsverwaltungen, wovon die Wertschätzung einzelner Projekte, der Arbeit des BPUP sowie der Rolle von Kultur in der Stadtverwaltung profitieren könnten. Daher ist es zentral, dass der BPUP verstärkt auch langfristige Projekte fördern kann, die über mehrere Jahre laufen. In diesem Zusammenhang könnten unterschiedliche Förderlaufzeiten (S – kurz, M – mittel, L – lang) in Verbindung mit entsprechenden Fördersummen ausgeschrieben werden. Für längerfristige Projektförderungen sollte außerdem die Einrichtung von Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen zur Sicherung des zweckgerechten Einsatzes der Fördermittel geprüft werden.

#7 FLÄCHEN SONDIEREN UND PILOTFLÄCHEN SCHAFFEN

Flächen mit geringem Genehmigungsaufwand identifizieren und langfristig nutzbare Pilotflächen einrichten

Damit Flächen schneller und langfristiger von Projekten der Urbanen Praxis genutzt werden können, kommen zwei zentrale Maßnahmen in Betracht, die sich auf die Nutzbarkeit von Flächen beziehen: Erstens könnten in Zusammenarbeit mit den Bezirken Flächen identifiziert und gegenüber Antragstellenden kommuniziert werden, wo eine Projektumsetzung mit geringerem Genehmigungsaufwand möglich ist – etwa weil die Bezirksämter bereits die Anforderungen zur Nutzung geklärt haben oder weil die Nutzung dieser Flächen aufgrund ihrer Beschaffenheit und Lage einen geringen Genehmigungsaufwand erfordert. So könnten auch die zuständigen Bezirksämter entlastet werden. Zur Auswahl geeigneter Flächen empfiehlt sich außerdem die Abstimmung mit der Netzwerkstelle Urbane Praxis, die laut eigener Aussage diesbezüglich bereits aktiv ist.

Zweitens sollte die Einrichtung von sogenannten Pilotflächen in den Bezirken geprüft werden, die langfristig von Projekten der Urbanen Praxis genutzt werden können und dauerhaft barrierefrei hergerichtet sind. Dies könnte die Diversität von lokalen Communities stärken, denn dafür scheint eine kontinuierliche und dauerhafte Präsenz der Projekte in den jeweiligen Nachbarschaften notwendig zu sein. Solche Pilotflächen sollten so ausgeschrieben werden, dass sie auch jüngeren und noch unerfahrenen Projektmacher:innen einen vereinfachten Zugang bieten, um ihre Ideen niedrigschwellig zu testen. Dafür bräuchte es jedoch ein zusätzliches Budget zur Erschließung und den Betrieb vor Ort.

#8 ERWEITERTE FÖRDERKRITERIEN

Durch erweiterte Förderkriterien die Urbane Praxis als solches stärken

Eine allzu enge und allgemeingültige Definition der Urbanen Praxis lässt keinen Mehrwert für die Beteiligten erwarten. Allerdings könnte eine Erweiterung der Förderkriterien um Umweltaspekte und ökologische Nachhaltigkeit sowie Bildung, Jugend, Sport etc. dabei helfen, Akteure einzubinden und zu adressieren, die in diesen Bereichen aktiv sind. Das gilt sowohl für Antragsteller:innen wie auch für Behörden auf Senats- und Bezirksebene. Des Weiteren könnte statt der *Nutzung* von Stadträumen durch geförderte Projekte, zusätzlich deren Beiträge zur *Transformation* von Stadträumen als ein übergreifendes Förderkriterium eingeführt werden. Dadurch ließen sich zukunftsweisende Beiträge der geförderten Projekte zur Stadtentwicklung eventuell noch stärken, die darauf basieren, dass sich die Projekte kritisch mit dem Status quo in der Stadtentwicklung und möglichen alternativen Zukünften der urbanen Entwicklung auseinandersetzen. Allerdings sollten dabei weder die gestalterische Ästhetik der Projekte noch die eingesetzten kulturellen Formate und künstlerische Mittel aus dem Fokus bei der Fördermittelvergabe geraten. Denn Projekte der Urbanen Praxis sollten nicht ausschließlich ergebnis- und lösungsorientiert ausgerichtet sein, sondern vor allem als künstlerische und kulturelle Projekte im Stadtraum ergebnisoffen und experimentell agieren können.

Impressum

Verfasser:innen und Auftragnehmer:innen

Laura Bruns
team stadtstattstrand
Volkartstrasse 69
80636 München
laura@stadtstattstrand.de

Dr. Dipl.-Ing. Michael Ziehl
Hidden Institute
Weigandufer 28
12059 Berlin
mz@hidden-institute.org

Im Auftrag des Berliner Projektfonds Urbane Praxis
Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung
Stiftung öffentlichen Rechts
Spandauer Damm 19
14059 Berlin
Vertreten durch: Jasper Bieger, Vorstand

März 2024

Die von den Auftragnehmer:innen vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der der Herausgeberin identisch.

Danksagung

Wir danken allen Interviewpartner:innen, Teilnehmenden der Online-Befragung und denjenigen, die uns im Vorfeld Feedback zu unseren Fragen und Informationen zur Urbanen Praxis gegeben haben.

Anhang

A) Online Fragebögen und Balkendiagramme



Der **Projektfond Urbane Praxis (BPUP)** wurde im Jahr 2021 von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa eingerichtet. Es werden spartenübergreifende Projekte im öffentlichen Stadtraum gefördert, die sich an der Schnittstelle von Stadtentwicklung, Kunst und Kultur bewegen. Der Fokus liegt dabei auf Projekten, die Nachbarschaften mit einbeziehen und gemeinwohlorientiert ausgerichtet sind. Dabei wird auf die stadtweite Verteilung der geförderten Vorhaben sowie auf eine möglichst breite Abbildung der Diversität der Stadtgesellschaft geachtet.

Der Projektfonds Urbane Praxis soll schnelle Unterstützung für Vorhaben bieten, die kurzfristig im Stadtraum Wirksamkeit erreichen. Zugleich soll der BPUP einen strukturbildenden Effekt für dessen Akteure haben, wofür eine längerfristige Perspektive und Absicherung notwendig erscheint.

Im Jahr 2023 wurde der Projektfonds mit einem jährlichen Gesamtvolumen von 1,2 Mio. € zum dritten Mal in Folge ausgeschrieben. Insgesamt wurden seit der Entstehung rund 92 interdisziplinäre Projekte im Stadtraum gefördert und realisiert. Zeit für einen Rückblick und eine Evaluation des Geschehenen. Welche Wirkung konnte der Projektfonds entfalten? Wo könnte gefeilt und geschärft werden?

Der Fokus der Evaluation liegt auf dem Fördertopf mitsamt den Förderkriterien sowie der Arbeit der Geschäftsstelle. Erfahrungen mit weiteren Tätigkeitsbereichen der Geschäftsstelle wie dem "DRAUSSENSTADT-Call for Action" sollen, wenn möglich, NICHT in ihre Antworten auf die Fragen einfließen.

Vielen Dank, dass Sie sich Zeit nehmen und uns dabei unterstützen, den Projektfonds noch wirkungsvoller zu gestalten.

Die Auswertung erfolgt anonym.

★ Bitte wählen Sie eine Antwort.

Ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben und Daten vom Hidden Institute und Team stadstattstrand zur Evaluation des BPUP in dessen Auftrag anonym ausgewertet werden.

Ja

Nein

★ Bitte füllen Sie die Eingabefelder aus.

Bitte füllen Sie die Felder aus

Name, Vorname

Insitution

Position

E-Mail

[Weiter >](#)

Umfrage erstellt mit
 LamaPoll

[Beantwortung später fortsetzen](#)



1.) Der Berliner Projektfonds Urbane Praxis als Förderinstrument

Der BPUP fördert seit 2021 künstlerische und kulturelle Projekte im öffentlich zugänglichen Raum, die sich mit Stadtraum und Stadtgesellschaft in Berlin auseinandersetzen.

1a) Wodurch hebt sich ihrer Erfahrung nach der BPUP und die Arbeit der Geschäftsstelle bei der Vergabe der Fördermittel und bei der Begleitung der Förderprojekte von anderen Förderprogrammen ab?

Bitte auswählen, Mehrfachnennung möglich

- Finanzielle Projektförderung
- Förderung von Recherche- und Konzeptionsphasen
- Maßnahmen zum Barriereabbau (zu öffentlichem Raum und Fördermitteln)
- Gezielte Ansprache bestimmter Communities
- Inhaltliche Auseinandersetzung mit Stadt und Stadtraum als Kriterium
- Hilfestellung bei der Identifizierung von Flächen
- Beratungsangebote und Unterstützung bei der Antragsstellung
- Angebot von Netzwerktreffen/ Vernetzungsmöglichkeiten
- sonstige:

sonstige:

1b) Die folgenden Förderkriterien dienen zur Bewertung und Auswahl der Projekte. Sollten sie erweitert oder modifiziert werden? Gibt es Aspekte und Kriterien, die aus ihrer Sicht fehlen?

1. **Künstlerische Gestaltung** – d.h. im Zentrum der Projekte soll die künstlerische Aushandlung stehen. Die künstlerische Gestaltungsform kann dabei vielfältig sein (z.B. Theater, Architektur, Musik, Aktionen, Bildende Kunst, Streetart, Tanz, Performance etc.).
2. **Nutzung des Stadtraums** – d.h. die Entwicklung möglichst kollektiver künstlerischer Projekte oder das Nutzen öffentlicher Orte unter besonderem Einbezug der Stadtgesellschaft, in Form einer nachhaltigen, beteiligungsorientierten und spartenübergreifenden Kulturpraxis. Die Projekte werden mit Einbezug und unter Rücksichtnahme auf die Standorte entwickelt und sind nichtkommerziell.
3. **Diversitätssensibilität** – d.h. Projekte reflektieren Ausschlüsse in der Stadtgesellschaft und schaffen Zugänge für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Unterrepräsentierte Kunst- und Kulturschaffende sowie unterrepräsentierte Kunst- und Kulturpraktiken werden besonders berücksichtigt.
4. **Einbinden von lokalen Akteur*innen** – d.h. in den Projekten soll die Auseinandersetzung mit dem Ort und den vorhandenen Strukturen im Vordergrund stehen. Die Projekte werden nicht isoliert im Raum realisiert, sondern die Menschen oder Initiativen aus der direkten Umgebung und Nachbarschaft werden mitgedacht. Nach Möglichkeit werden z.B. Nachbarschaftsvereine, Jugendzentren etc. frühzeitig in die Projektplanung und Durchführung mit eingebunden.
5. **Interdisziplinäre Verknüpfungen** – d.h. die künstlerisch-kulturellen Vorhaben verbinden sich mit anderen Themen und Arbeitsfeldern (z.B. Soziales, Wohnen, Bildung, Klima, Mobilität).

[< Zurück](#)

[Weiter >](#)



2. Kooperation und Zusammenarbeit in der Stadtentwicklung

Der BPUP möchte die ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Verwaltung in den Bereichen Kultur und Stadtentwicklung sowie spartenübergreifende Projekte (Kunst, Kultur, Bildung, Architektur, Soziales) fördern.

-  **2a) Sind aus ihrer Sicht durch die Arbeit des BPUP Synergien zwischen verschiedenen Behörden entstanden – insbesondere in den Bereichen Kultur- und Stadtentwicklung?**

Bewerten sie von 1 = gar nicht bis 5 = ja, sehr

1	2	3	4	5
<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

2a1) Bitte erläutern sie ihre Antwort:

-  **2b) Trägt der BPUP zur Wertschätzung von Kultur als relevantem Bestandteil von lebendigen Quartieren und zur Stärkung von Nachbarschaften bei?**

Bewerten sie von 1 = gar nicht bis 5 = ja, sehr

1	2	3	4	5
<input type="radio"/>				

b1) Bitte erläutern sie ihre Antwort:

 **2c) Wurden Neuerungen hinsichtlich der (ressortübergreifenden) Zusammenarbeit durch die Arbeit des BPUP angestoßen?**

Hier geht es um Netzwerke, Formen der Zusammenarbeit wie Runde Tische, Kooperationsvereinbarungen, rechtliche Instrumente etc. Bitte beschreiben Sie konkrete Neuerungen, Faktoren des Gelinges oder woran es gehapert hat.

2d) Was braucht der BPUP, um besser als ressortübergreifendes Stadtentwicklungswerkzeug zu wirken?

< Zurück

Weiter >

Umfrage erstellt mit
 LamaPoll

[Beantwortung später fortsetzen](#)



3. Zugänglichkeit und Diversität

Der BPUP möchte Zugangsbarrieren zu Fördermitteln und zum Stadtraum abbauen und die Diversität der Berliner Stadtgesellschaft sichtbar machen. Barrieren können baulich, räumlich, sprachlich, kommunikativ etc. sein. Neben der finanziellen Projektförderung bietet der BPUP daher unter anderem Beratung und Unterstützung bei der Antragstellung an (z.B. Info-Veranstaltungen, Schreibwerkstätten, Antrags-Leitfaden, Musterantrag) sowie beim Abbau von Barrieren bei geförderten Projekten (z.B. Mehrsprachigkeit, bauliche Barrierefreiheit).

- ★ 3a) Werden aus ihrer Sicht durch die Arbeit des BPUP vereinfachte Zugänge zur Nutzung des öffentlichen Raumes geschaffen?

Bewerten Sie von 1 = gar nicht bis 5 = ja, sehr

1 2 3 4 5

- ★ a1) Bitte erläutern sie ihre Antwort:

iii

- 3b) Gelingt es, die Diversität seitens Antragsteller:innen und Besucher:innen im Vergleich zu anderen Veranstaltungen im öffentlichen Raum zu erhöhen?

Bewerten Sie von 1 = gar nicht bis 5 = ja, sehr

1 2 3 4 5

- b1) Bitte erläutern sie ihre Antwort:

kkk

 **3c) Wie könnte aus ihrer Sicht der Abbau von Zugangsbarrieren zum öffentlichen Stadtraum sowie die Steigerung von Diversität noch besser gelingen?**

jjj

< Zurück

Weiter >

Umfrage erstellt mit
 LamaPoll

[Beantwortung später fortsetzen](#)



4. Verständnis Urbane Praxis

Es gibt keine allgemein gültige und abgeschlossene Definition der Urbanen Praxis.

- 4a) Wie würden sie "Urbane Praxis" definieren? Oder anders gefragt: Was zeichnet eine "Urbane Praxis" im Wesentlichen aus?

kkk

< Zurück

Weiter >



Vielen Dank!

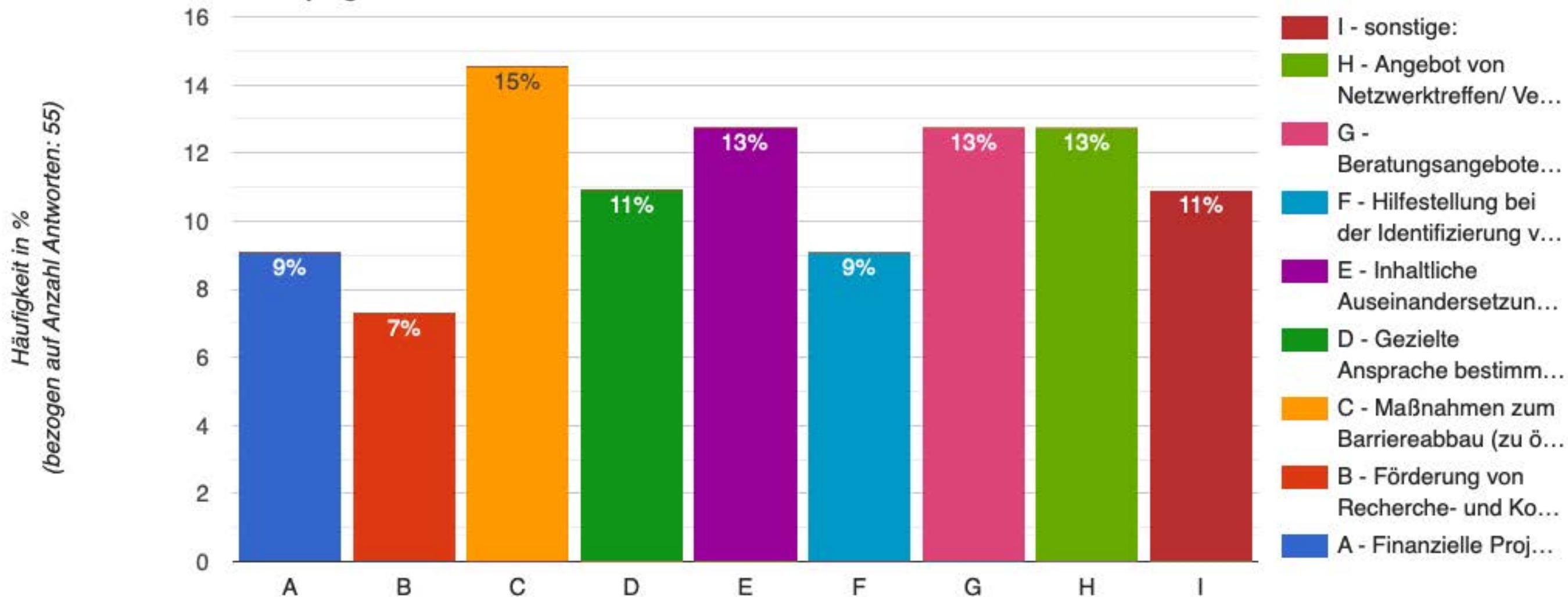
Die Ergebnisse der Umfrage werden anonym ausgewertet. Der Evaluationsbericht wird voraussichtlich Mitte Februar veröffentlicht.

Für Rückfragen wenden sie sich bitte an:

Laura Bruns, Team stadtstattstrand:
laura@stadtstattstrand.de

Dr. Michael Ziehl, Hidden Institute:
mz@hidden-institute.org

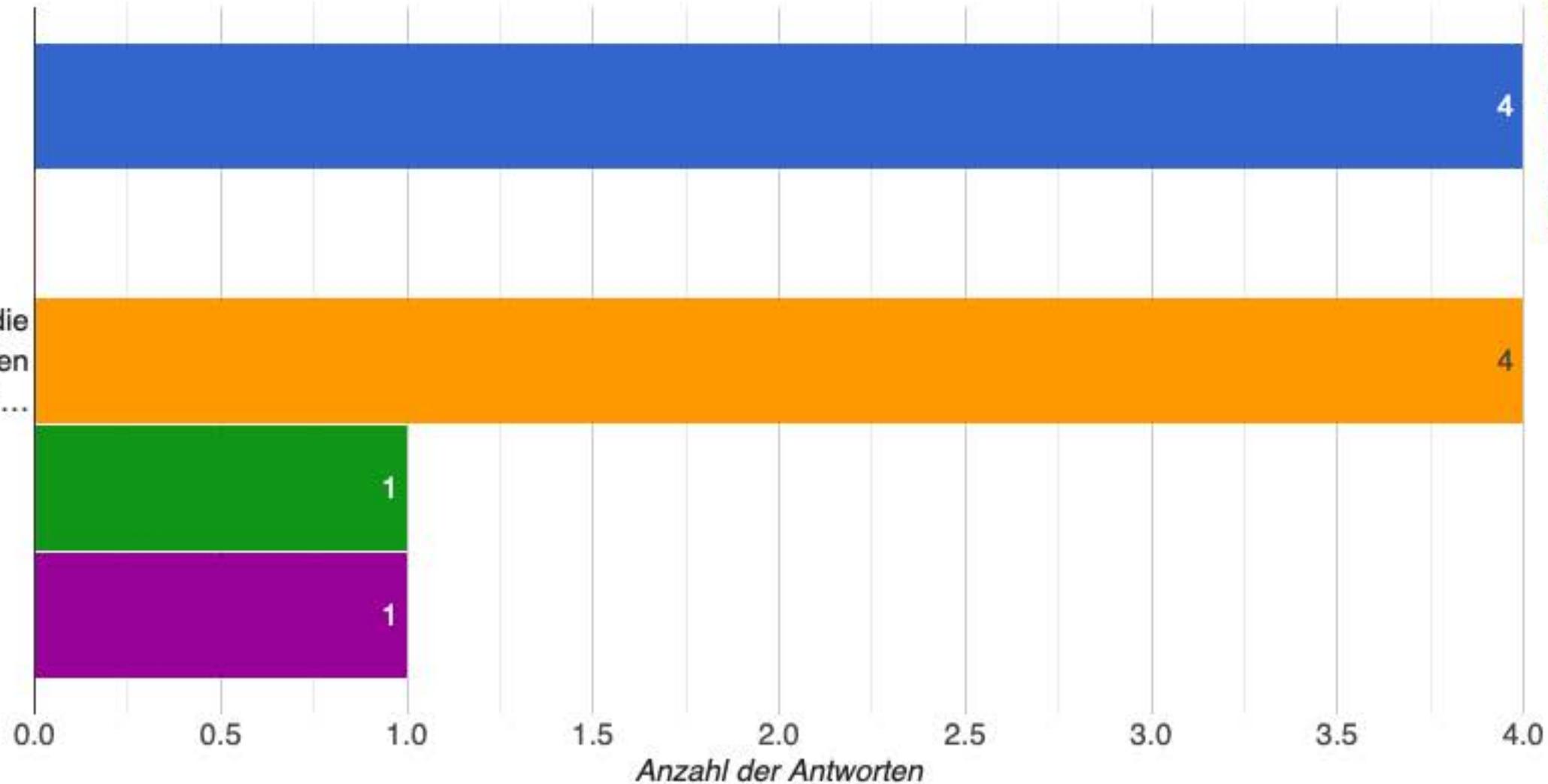
1a) Wodurch hebt sich ihrer Erfahrung nach der BPUP und die Arbeit der Geschäftsstelle bei der Vergabe der Fördermittel und bei der Begleitung der Förderprojekte von anderen Förderprogrammen ab?



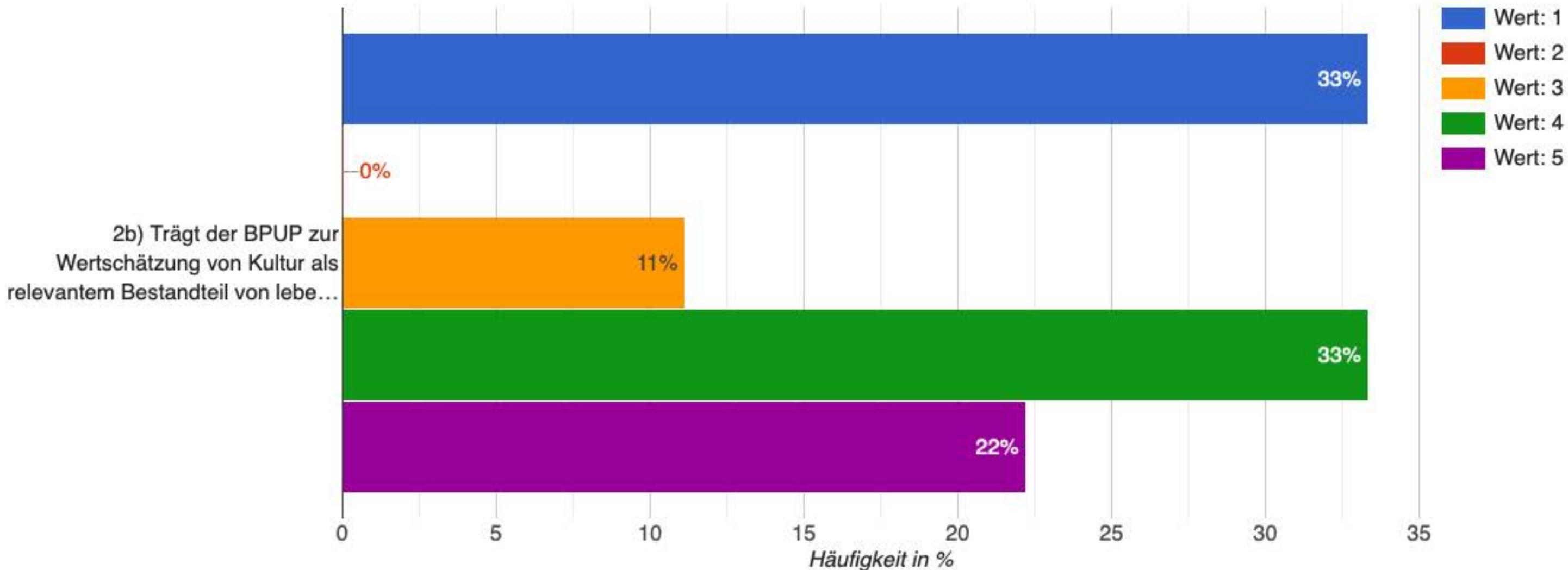
2a) Sind aus ihrer Sicht durch die Arbeit des BPUP Synergien zwischen verschiedenen Behörden entstanden – insbesondere in den Bereichen Kultur- und Stadtentwicklung?

- Wert: 1
- Wert: 2
- Wert: 3
- Wert: 4
- Wert: 5

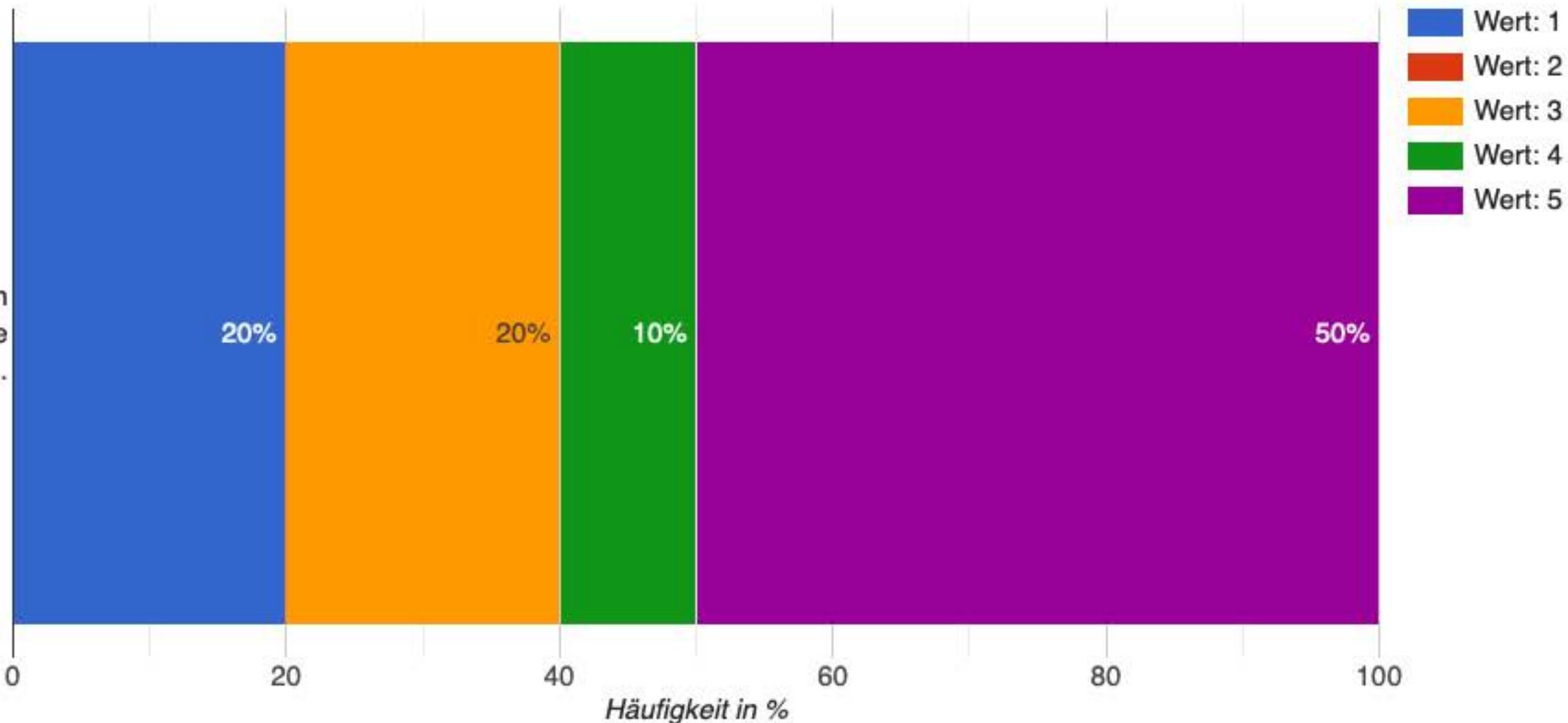
2a) Sind aus ihrer Sicht durch die Arbeit des BPUP Synergien zwischen verschiedenen Behörd...



2b) Trägt der BPUP zur Wertschätzung von Kultur als relevantem Bestandteil von lebendigen Quartieren und zur Stärkung von Nachbarschaften bei?

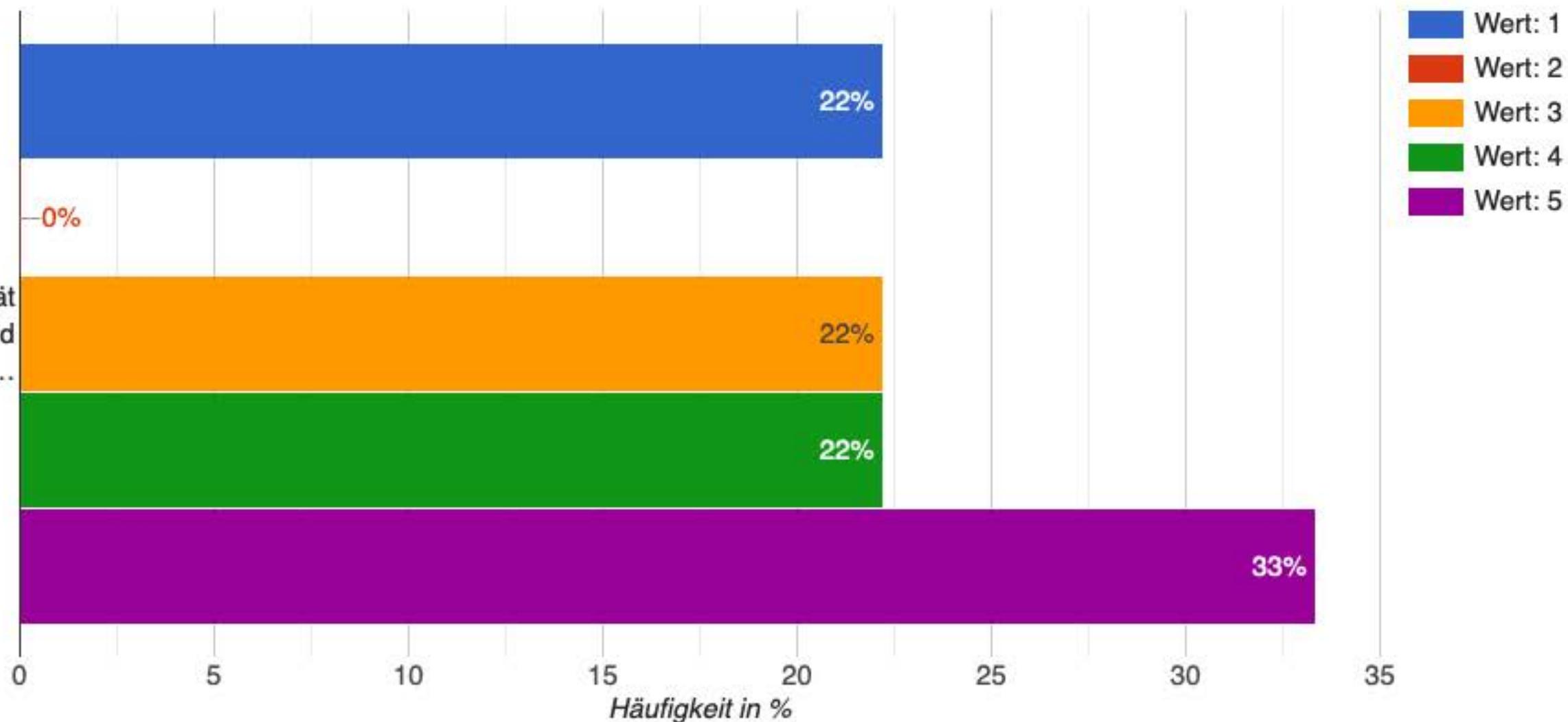


3a) Werden aus ihrer Sicht durch die Arbeit des BPUP vereinfachte Zugänge zur Nutzung des öffentlichen Raumes geschaffen?



3a) Werden aus ihrer Sicht durch die Arbeit des BPUP vereinfachte Zugänge zur Nutzung des öffentl...

3b) Gelingt es, die Diversität seitens Antragsteller:innen und Besucher:innen im Vergleich zu anderen Veranstaltungen im öffentlichen Raum zu erhöhen?



3b) Gelingt es, die Diversität seitens Antragsteller:innen und Besucher:innen im Vergleich zu...

B) Leitfaden für Telefoninterviews

Welche Berührungspunkte haben sie mit dem BPUP?

- Was verstehen sie unter Urbaner Praxis?
- Der BPUP möchte eine ressortübergreifende und spartenübergreifende Arbeit fördern. Sind durch die Arbeit des BPUP neue Synergien in ihrem (Arbeits-)umfeld entstanden?
- Wie erleben sie die Arbeit der Geschäftsstelle?
- Wie sieht es mit den Aspekten Diversität und Zugang aus? Wirkt sich die Arbeit diesbezüglich positiv aus?
 - Sind durch die Arbeit des BPUPs vereinfachte Zugänge zum öffentlichen Raum und den Fördermitteln entstanden?
 - Adressiert/erreicht der BPUP aus ihrer Sicht die Diversität der Berlinereine diverse Stadtgesellschaft in angemessener Art und Weise? Schafft der BPUP Zugänge für diverse alle Menschen?
- Wie könnten positive Wirkungen des BPUP verstärkt und langfristig abgesichert und erhöht werden?